

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille... 50 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 5. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der erste Tag des Volksbegehrens.

Mehr Eintragstellen in Berlin! - Luther sucht ein neues Kompromiß.

Der erste Tag der Einzeichnungsfrist ist vorüber. Vor vielen Eintragstellen standen schon vor 1 Uhr Eifrige...

Weniger eifrig waren in manchen Eintragstellen die Beamten. Für sie ist die Anwesenheit und die Pünktlichkeit...

Die Bewegung hat alle Volksteile ergriffen, wie sich schon am ersten Einzeichnungstag herausstellte.

Auf zur Eintragung für das Volksbegehren! Im Namen des Volkes gegen Fürstenübermut!

Beschlüsse der Stadtverordneten.

Verbesserung der Organisation der Einzeichnung in Berlin

Am ersten Tage des Volksbegehrens hat sich in Berlin herausgestellt, daß die von dem städtischen Wahlleiter...

Diese Anweisung, für die der deutschnationale Stadtrat Dr. Richter verantwortlich zeichnet...

Am Schluß der Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Zentrums, der Demokraten...

2. Mit derselben Mehrheit wurde beschlossen, daß auch in den Krankenhäusern Eintragstellen eingerichtet werden sollen.

3. Ein sozialdemokratisch-kommunistischer Antrag wurde angenommen, der verlangt, daß im Sinne der Ministerialverordnung...

Noch im Laufe der Debatte erklärte der Vertreter des erkrankten Stadtrats Richter, daß der Magistrat sich mit den Wünschen...

Die Gegner des Volksbegehrens.

Die „Germania“ bemüht sich noch einmal um die Verteidigung der Zentrumsföndgebung. Sie versichert, in der grundsätzlichen Ablehnung...

Zur Begründung der ablehnenden Haltung der Zentrumsfraktion schreibt die „Germania“: „Der Volksentscheid verläßt gegen den christlichen Eigentumsbegriff, eine entwürdigende...

gungslöse Enteignung scheidet daher für eine christliche Volkspartei von vorneherein aus.“

Die „Germania“ bemüht die Grundsätze des Christentums für eine schlechte Sache, zum Widerstand gegen die elementare Bewegung des Volkes...

Eintragstellen zum Volksbegehren

Die Eintragstellen für das Volksbegehren werden von den Bezirksamtern

durch Säulenanschlag

öffentlich bekanntgegeben. Die Säulenanschläge erfolgen an folgenden Tagen:

Sonnabend, den 6. März | Sonntag, den 14. März
Sonntag, den 7. März | Dienstag, den 16. März
Sonnabend, den 13. März | Mittwoch, den 17. März

Geht noch diese Woche zur Einzeichnung!

der Zentrumsfraktion mit Betrübnis und mit Empörung lesen werden.

Dabei stoßen die Versuche des Zentrums, das Ergebnis der Beratungen des Rechtsausschusses durch ein neues Kompromiß zu verbessern...

„Die bisherige Suche nach einem Kompromiß hat bereits in einer ganzen Reihe von Einzelheiten zu beträchtlichen Bedenkllichkeiten geführt. Es läßt sich zunächst nicht absehen, wie die Kompromißverhandlungen weiter laufen werden.“

Freilich - die Zeit der Empörung des Volkes gegen die Fürstenforderungen im Massensturm des Volksbegehrens ist schlecht geeignet, ein Kompromiß herzustellen...

Luther auf der Suche nach dem Kompromiß.

Reichstanzler Dr. Luther hat die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Besprechung über die Frage der Fürstenabfindung auf heute, Freitag, 11 Uhr...

Die Haltung der Demokraten.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei ist für nächsten Mittwoch, vormittag 11 Uhr, nach Berlin zu einer Sitzung einberufen worden.

Die Demokratische Partei in Hessen für das Volksbegehren.

Darmstadt, 4. März. (Mit.) Der Landesvorstand der Demokratischen Partei in Hessen gibt bekannt: „Der Reichstag hat bis jetzt keine auch nur irgendwie befriedigende Lösung in der Frage der Fürstenabfindung gefunden.“

Der Staat im Staate.

Die Reichsbahn außerhalb der deutschen Gesetzgebung.

Gestern wurde vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts I über die Feststellungsklage der Eisenbahnerverbände gegen die Reichsbahngesellschaft...

Damit ist ausgesprochen, daß die Reichsbahngesellschaft nicht mehr der deutschen Gesetzgebung untersteht! Wenn dieses von einem deutschen Gericht gefällte ungeheuerliche Urteil zunächst sich auch nur auf die Aufstellungs- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner bezieht...

Die Vorgänge, die zu diesem beispiellosen Urteil, das in der nächsten Instanz korrigiert werden muß, geführt haben, sind noch in aller Erinnerung. Mit Zustimmung der Reichsbahngesellschaft wurde vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht eingesetzt...

Da es sich in diesem Falle handgreiflich um eine Streitfrage von öffentlichem Interesse handelte, wurde der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Damit war die Reichsbahngesellschaft nach der Schlichtungsordnung verpflichtet, den Schiedspruch zu erfüllen.

Der § 44 des Reichsbahngesetzes sieht vor, daß Streitigkeiten zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft über die Auslegung des Reichsbahngesetzes von einem Sondergericht, dem Reichsbahngericht, entschieden werden sollen.

Nun handelt es sich in dem vorliegenden Fall gar nicht um eine Streitfrage zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft über die Auslegung des Reichsbahngesetzes. Das Reichsbahngesetz stand gar nicht in Frage, und die Reichsregierung als solche hatte sich mit der Angelegenheit nicht zu befassen.

Da nach der Schlichtungsordnung die Schlichtungsinstanzen dazu da sind, um den Parteien bei Abschluß von Tarifverträgen behilflich zu sein, und da nach der geltenden Rechtsauffassung ein verbindlicher Schiedspruch eine Tarifvereinbarung ersetzt, ist es nach den gesetzlichen Bestimmungen zweifelhaft, daß die Reichsbahngesellschaft verpflichtet ist, zunächst die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Eisenbahnern zu vereinbaren...

Dieser Tatbestand ist von der Reichsbahngesellschaft bis zur Verbindlichkeitsklärung auch nicht angezweifelt worden. Erst nachträglich ist von ihr der Versuch gemacht worden, sich der deutschen Gesetzgebung zu entziehen.

Der Vertreter der Reichsbahngesellschaft hat ausgeführt, daß Zweck und Aufgabe der Reichsbahngesellschaft zur Unmöglichkeit würden, wenn sie sich „von dritter Seite“ die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner aufzwingen lassen müsse. Dadurch könnte die Gefahr entstehen, daß

die Reparationskosten nicht geleistet werden könnten. Genau mit derselben Argumentation könnten selbstverständlich alle anderen deutschen Unternehmer künftig alle Leistungen sozialer Verpflichtungen ablehnen. Die „dritte Seite“, gegen die sich die Reichsbahngesellschaft wendet und von der sie sich nichts aufzwingen lassen will, diese dritte Seite ist eben die deutsche Gesetzgebung.

Nun sieht in keinem Gesetz, das sich auf die Reichsbahngesellschaft bezieht, daß diese von der Erfüllung irgendeiner gesetzlichen Verpflichtung ausgenommen sei. Mit demselben Recht, mit dem die Reichsbahngesellschaft es ablehnt, die Bestimmungen der Schlichtungsordnung und den §§ 22 des Reichsbahngesetzes anzuerkennen, mit demselben Recht kann sie es auch ablehnen, z. B. die Eisenbahner gegen Krankheit und Invalidität zu versichern, kann sie auch die Erfüllung jeder anderen gesetzlichen Verpflichtung ablehnen.

Nun muß man sich die Konsequenzen des Urteils der 8. Zivilkammer vor Augen halten. Wenn der § 44 des Reichsbahngesetzes Kompetenzkonflikte zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft in erster Instanz dem Reichsbahngericht überweist, so entscheidet in letzter Instanz ein Schiedsrichter, der von dem Präsidenten des ständigen internationalen Gerichtshofes zu ernennen ist. Nach dem Urteil der Zivilkammer und nach dem Antrag der Reichsbahngesellschaft wird also in letzter Instanz ein Ausländer darüber zu entscheiden haben, ob und wie weit die Reichsbahngesellschaft noch der deutschen Gesetzgebung untersteht.

Die andere Konsequenz ist folgende: Die Eisenbahner haben alle friedlichen Mittel erschöpft, um zu einer Vereinbarung mit der Reichsbahngesellschaft zu kommen. Sie haben sich dem Schiedspruch, der nur einen winzigen Teil ihrer Forderungen anerkennt, unterworfen. Sie haben im Vertrauen auf ihr gutes Recht und im Vertrauen in die deutsche Rechtsprechung jede Kampfhandlung vermieden, auch nachdem die Reichsbahngesellschaft sich den deutschen Gesetzen widersetzt und sich gewiegert hat, den verbindlich erklärten Schiedspruch zu erfüllen. Die Zivilkammer erklärt nun, daß die Reichsbahngesellschaft im Recht ist, daß sie die deutsche Gesetzgebung, die sich auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bezieht, nicht anzuerkennen braucht.

Was ist die unvermeidliche Folge dieses Urteils und der Haltung der Reichsbahngesellschaft? Daß für die Eisenbahner es künftig nur mehr eine Möglichkeit gibt, um sich auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern: den Kampf. Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I zwingt die Eisenbahner mit der Abweisung ihrer Klage, sich in ihrer ganzen Tatkraft künftig auf den Machtkampf einzustellen. Entweder die Eisenbahner unterwerfen sich willenslos dem Diktat der Scharfmacher in der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft, oder aber sie führen einen rücksichtslosen Kampf um ihre Existenzbedingungen. Einen dritten Ausweg läßt das Urteil der 8. Zivilkammer nicht zu.

Wenn das Urteil in der Berufungsinstanz, zunächst also von dem Kammergericht und dann vom Reichsgericht bestätigt wird, dann wird die deutsche Reichsbahn aufgegeben haben, ein zuverlässiges Verkehrsmittel zu sein. Angesichts der reaktionären scharfmacherischen Einstellung der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft — und deren Mitglieder sind ja niemandem gegenüber verantwortlich — wird die deutsche Reichsbahn künftig der Schauplatz dauernder und schwerer Wirtschaftskämpfe sein.

Preußenkredite für den Baubau. Auf Anregung der preussischen Staatsregierung hat sich die Preussische Staatsbahn bereit erklärt, für die Neubautätigkeit der Gemeinden Vorkasse in Höhe von etwa 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise soll es den Gemeinden ermöglicht werden, ihre Neubautätigkeit sofort weiterzuführen und damit einen Teil ihrer Arbeitslosen im Baugewerbe zu beschäftigen.

„Der Versuchung erlegen.“

Von H. Jerna.

„Der Versuchung erlegen. Eine siebzehnjährige Stenotypistin mit einigen tausend Mark, die sie zur Bank bringen sollte, durchgebrannt. In ihrer Gesellschaft befindet sich wahrscheinlich ein ihr bekannter junger Mann.“ So schreiben die Tageszeitungen. Gott, wie dumm, denkt man, ein paar tausend Mark, und in ein paar Tagen hat man sie beide. Und schließlich sitzen ja Tausende und arbeitslos weiter, wenn der Himmel auch noch so blau ist den ganzen Tag, und sind vielleicht so klug, sich noch zu freuen über den Sonnenstrahl, der auch zu ihnen hineinkommt, und zwingen sich, einfach nicht daran zu denken, daß draußen das erstemal wieder die ganze Welt voll Sonne ist. Gott sei Dank, so vernünftig ist man. Sie aber ist „der Versuchung erlegen“. Nun ja, mit 17 Jahren ist man noch so romantisch.

Die Kleine aber hat es nicht mehr ausgehalten vor Sehnsucht, und vor Haß gegen den Gefängniswärter, den Chef, diesen Fleischklumpen mit den Triefaugen. Des Morgens muß sie ihm die Post vorlegen, und dann greift er nach ihr, wie eine häßliche dicke Spinne einen kleinen Schmetterling greift, und freut sich, wenn sie sich windet und ihm die Hand wegziehen möchte, und es nicht wagt, — die schöne kleine Hand aus den dicken Krallen — aber sie will vernünftig sein und tapfer, sie denkt an die Arbeitslosigkeit, und die Freude der Mutter, wenn sie die sechzig Mark nach Hause bringt am Lehten und schludt die Tränen herunter.

„Na, wo waren Sie denn Sonnabend, he?, mit'm Freund zusammen, nicht? war's schön, he?“ quarrt vor ihr die blige Stimme. Sie zuckt und windet sich, wie die grüeliche Spinne nach ihrem Heiligsten greift, ihrer ersten jungen Liebe. Was weiß die Gemeinheit dieses Mannes davon?

Und ihre Augen irren hilflos loszukommen, — und fallen auf die Straße. Da tanzen erste Sonnenstrahlen und Kinder spielen, und drüben ist ein kleiner Kellertuben, und in der Tür steht eine alte Frau ganz still in der Sonne.

Da hört sie nicht mehr den Chef, sie denkt auch eigentlich nichts, nicht „ach, da möchtest du auch noch so spielen können oder auch so ganz warm und ruhig in der Sonne stehen“, sie bekommt nur so eine ganz große, zwingende Sehnsucht nach dem bishigen Ruhe und dem Sonnenstrahl da draußen.

„Ja, und dann geht sie zur Bank, mit ein paar tausend Mark, und an der Ecke steht der Freund, der „junge Mann ihrer Bekanntschaft“, — der Junge hat keine Arbeit und begleitet sie immer ein Stückchen Wegs, wenn er vom Nachweis kommt und sie trifft.

Und da erscheint es ihr plötzlich so ganz unmöglich, wieder in das Gefängnis zurückzugehen, so ganz freiwillig. Was soll sie da? Sie gehört doch da gar nicht hin? Was hat sie mit jener Welt zu schaffen? und ganz mechanisch und selbstverständlich gehen sie zum

Im befreiten Köln. Gedämpfte Revanchefänge.

Der Vorsitzende der Kölner Studentenschaft hat, wie er uns mitteilen läßt, an dem Aufsatze des Genossen Sollmann über die studentische Befreiungsfeier eine kleine Berichtigung vorzunehmen. Er beteuert nämlich, es seien beim Singen „die schlimmsten Stellen“ der „Wacht am Rhein“ und des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“ fortgelassen worden. Der Rachechwur zur Hermannschlacht und das übrige Kriegsgeplär wurde jedoch von der studentischen Zensur nicht übriggelassen. Die Revanchefänge der Kölner Studenten würden uns übrigens höchst gleichgültig sein, wenn sie nicht als Begleitmusik zu einer Rede des Außenministers vortragen worden wäre.

Daß man nun erzählt, der Boykott der Reichsbahn beruhe auf einem Beschlusse der Kölner Studentenschaft, ist recht lehrreich. Die Minister der Republik sollten ihre Beteiligung an solchen Feiern davon abhängig machen, daß den Hochzeitszeichen des Reiches der gebührende Respekt entgegengebracht wird.

Luther über seine Wirtschaftspolitik. Rede vor dem Verband der Auswärtigen Presse.

Reichstanzler Luther hielt gestern abend vor dem Berliner Verband der Auswärtigen Presse eine Rede, in der er einen Ueberblick über die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands seit dem Jahre 1923 gab. Der Zweck der Rede war offensichtlich, den Gegensatz zwischen der Politik des ersten Kabinetts Luther und der seiner zweiten Ministerpräsidentenschaft künstlich zu überbrücken. Er führte u. a. aus, drei Abschnitte seien seit dem Oktober 1923 zu unterscheiden. Der erste reiche bis zur Annahme der Dawes-Gesetze, der zweite schliesse mit der Finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Sommer 1925 und mit dem Vertrag von Locarno ab. Im Verlauf des zweiten Abschnittes hätten die hereinströmenden Kredite äußerlich zwar fast den Eindruck einer Hochkonjunktur hervorgerufen, tatsächlich habe das aber nur eine Verschleppung der notwendigen Reinigungsphase bedeutet. Es sei die letzte Erscheinung der an sich schon überwundenen Inflation gewesen.

Der dritte Abschnitt werde innenpolitisch vollständig von dem Entschlusse beherrscht, zielbewusste Wirtschaftspolitik zu treiben. Die Preisentwertung sei keineswegs erfolglos geblieben, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibe. Besonders müsse die Leberpreisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis überwunden werden. Man stehe jetzt an jener Wegwende, wo alles daran gesetzt werden müsse, die Wirtschaft neu zu beleben. Zum Teil stehe die Krise nicht im Zeichen eines Gesundungsprozesses, sondern sei auf die Wirtschafts- und Inflationsverhältnisse des Auslandes zurückzuführen. Weitere Steuerentlastungen seien infolgedessen unerlässlich. Auch der Zinsfuß sei noch zu hoch. Wenn auch eine wirkliche Sozialpolitik nur in einer gefundenen Wirtschaft möglich sei, so dürfe man doch auf der anderen Seite nicht vergessen, daß ein so schwerleidendes Volk wie das deutsche ohne durchgeführte Sozialpolitik weder leistungsfähig noch ruhig gehalten werden könne. Was die Steuern anbetreffe, so sei es sehr erwünscht, wenn Länder und Gemeinden die Realsteuern abzubauen. Allerdings vermindere der Gesamtausbau des Reiches in dieser Richtung ein schnelles Handeln. Umsatzsteuer und Luxussteuer ständen deshalb im Vordergrund. Es sei ein notwendiges Wagnis, wenn die Regierung den gesamten Steuerentlastungsplan bemüht auf die Karte einer Besserung der Wirtschaft setze. Diese Politik sei notwendig trotz der völlig unmöglichen Handelsbilanz, und trotz der schwierigen Handelsverträge verwendbar. Die Ausdehnung der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge bezeichnete der Kanzler eher als ein Hemmnis, als eine Stütze einer Gesundung. Dies gelte um so mehr, als in äußerst bedenklicher Weise eine innere Umstellung an recht vielen Stellen dahin zu wirken schiene, daß man überlege, wie man unter Benützung der Vorschriften und Büden der Erwerbslosengesetzgebung einen Teil der Arbeiterschaft praktisch aus öffentlichen Mitteln bezahle lasse.

An Schritten zu positiver Wirtschaftsförderung habe sich die Regierung zur Behebung der Ausfuhr (z. B. Russen-

kredit) zur Kreditgewährung an die Reichsbahn und zur Unterstüßung einiger Sondergebiete, wie Handelsfliffahrt und Werften entschlossen. Den deutschen Werten werden noch im Frühjahr die noch vorhandenen Mittel aus den Reederdarlehen für Neubauten zur Verfügung gestellt werden. Weiter solle die ländliche Siedlung, vor allem in den forstarmen Teilen des Ortes sowie der Wohnungsbau tatkräftig unterstützt werden. Im Vordergrund stehe dabei die Erleichterung der Aufnahme langfristiger Hypothekenkredite. Auch der Landwirtschaft werde auf dem Kreditwege und durch Förderung des Düngemittelbezugs geholfen. Eine Beeinflussung der Roggenpreise werde vorbereitet. Aber alle diese Maßnahmen, deren Ausföhrung nicht erschöpfend sei, kosteten Geld und seien neben der Steuerentlastung nur in begrenztem Umfange möglich.

Kronzeuge Kreil — 2 Jahre Gefängnis. Die Deutschnationalen am Pranger.

Mugsburg, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Deutschnationalen bestochene Justizhüter und Verteufelnder Sidor Kreil wurde am Donnerstagabend wegen Vergehens des fortgesetzten Betrages zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate der Untersuchungshaft sollen in Anrechnung gebracht werden. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem verbrecherischen Verteufelnder auf drei Jahre aberkannt. Als das Urteil gefällt war, beschimpfte Kreil den Gerichtshof in den stärksten Ausdrücken, so daß er vor seiner Abführung in die Haft noch eine Ordnungsgeldstrafe erhielt.

Der Staatsanwalt hatte wegen versuchten Betruges eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten beantragt. In seinem Plädoyer ließ er die Anklagen wegen des Anerbietens zum Meineid fallen, da Kreil nicht gegen Ebert als Zeuge auftreten wollte, sondern nur die Beschaffung von Beweismaterial versprochen habe. Der Staatsanwalt stellte weiter ausdrücklich fest, daß das „Belaustungsmaterial“ gegen den Reichspräsidenten Ebert nie existiert und Kreil auch niemals Kurierdienste für die Sozialdemokratische Partei geleistet hat. Kreil habe entsprechende Angaben nur gemacht, um sich materielle Vorteile zu verschaffen. Der Angeklagte versuchte dann in einer zweistündigen Rede seine betrügerischen Absichten zu rechtfertigen und verlangte nicht nur Freisprechung, sondern auch eine Entschädigung für die Untersuchungshaft. Der deutschnationale Parteifreier von Forstner und der schwarzweisse Magdeburger Rechtsanwalt Bindewald hätten sehr wohl gewußt, daß er schwer vorbestraft sei und der kommunistischen Partei angehört. Der vom Gericht zugezogene sachverständige Gerichtsarzt bezeichnete Kreil als hysterischen Psychopathen.

Die nachträgliche Rechtfertigung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert durch das Mugsburger Gericht bedeutet gleichzeitig eine schwere Anklage gegen die Deutschnationale Partei. Das über Kreil gefällte Urteil richtet sich in moralischer Beziehung ebenso gegen sie wie gegen den Angeklagten. Wochenlang hat die Deutschnationale Partei systematisch das von dem Staatsanwalt als nie vorhanden gewesene und erfundene „Belaustungsmaterial“ zu einer Hege gegen den verstorbenen Reichspräsidenten benutzt. Sie wußte, daß dieses Material erfunden war von einem Verbrecher, der wegen der schwersten Delikte fast die Hälfte seines Lebens hinter Justizhaus- oder Gefängnismauern verbracht hatte und trotzdem benutzte sie es zu ihrem Kampf gegen Ebert. So richtet sich das Mugsburger Urteil auch gegen die gesamte Deutschnationale Partei!

Das Befolgungsgesetz, das die Reichsregierung um ein Jahr verlängern wollte, wird allem Anschein nach keine Verlängerung mehr erfahren. Zwar ist bisher die Vorlage zur Verlängerung noch nicht zurückgezogen, aber die Zurückziehung ist mehr als wahrscheinlich, nachdem sich die Reichsregierung davon überzeugen mußte, daß die Mehrheit des Reichstags gegen eine Verlängerung des Sperrgesetzes stimmen wird.

Dem Landtag ist der Gegenentwurf über die Führung der 27 preussischen Stimmen im Reichsrat zugegangen. Danach wird die auf das Land Preußen entfallende 27 Stimme von dem preussischen Staatsministerium geführt. Die Abstimmung über die einheitliche Stimmabgabe Preußens im Reichsrat soll am 18. März wiederholt werden.

Bahnhof und fahren hinaus, in den äußersten Vorort, wo schon die Röhren blähen und die Schneeflocken, und laufen den ganzen Tag umher, mit diesem ganz neuen Gefühl der Freiheit, in der Sonne und im ersten Grün. Bis, — ja, bis sie auf einmal nicht mehr weiter wissen, bis man sie findet, und vielleicht sehen sie dann ein, wie unvernünftig sie gehandelt haben. Der Chef bekommt auch sein Geld wieder, sie wußten ja gar nicht, was mit soviel anfangen, — oder man hilft ihnen sogar, steckt sie in eine Besserungsanstalt und gibt ihnen dann richtige Arbeit und sie werden noch ganz mühsame Glieder der menschlichen Gesellschaft. Vielleicht versuchen sie auch, sich das Leben zu nehmen, — aber das ist alles ganz gleichgültig, — sie waren einmal im Frühling und die Sonne schien.

Dostojewski als Schwerarbeiter.

Die sibirische Monatschrift „Sibirskij Ognj“ bringt soeben höchst interessante Veröffentlichungen des sibirischen Schriftstellers und Dostojewskiforschers Wjatsin. Ein besonders ergreifendes Dokument ist in ihrer herzklopfenden Schlichtheit eine Liste der politischen Staatsverbrecher, die sich im Juni 1850 im Omsker Justizhaus befanden. In der Liste figurieren sieben Personen, darunter vier Polen (sie wurden wegen Teilnahme an der polnischen Bewegung in den vierziger Jahren nach Sibirien verbannt), dann lesen wir die Namen Pawelarikow, Sergei Durow, Fedor Dostojewski. Ueber jeden der Arrestanten wird ein besonderes Vormerkblatt geführt. Bei Fedor Dostojewski finden wir folgendes interessante bis jetzt unbekanntes Vormerkblatt.

Name des Arrestanten: Fedor Michailowitsch Dostojewski.
Kennzeichen: Reines, weißes Gesicht, graue Augen, gewöhnliche Nase, lichtblonde Haare, auf der Stirn über dem linken Auge eine kleine Schramme.
Figur: kräftig und fest.
Beruf: ehemaliger Offizier in Penzion.

Gründe der Verbannung: Teilnahme an einer revolutionären Organisation. Verbreitung des Briefes des Schriftstellers Belinski. Dieser Brief ist gegen die herrschende griechisch-orthodoxe Kirche gerichtet, greift das Jarentum an. Verhuf der Aufregung gegen die herrschende Macht durch Proklamationen, die in einer geheimen Lithographie hergestellt worden sind.

Auf wessen Beschluß verbannt: auf Allerhöchsten Befehl auf Grund eines Beschlusses des Generalgouverneurs.

Strafe: Verlust aller Ehren und Bürgerrechte.
Ausführung: Führt sich sehr gut auf.
Dauer der Verbannung: Vier Jahre Justizhaus mit späterer Einreihung in die Armee als gemeiner Soldat.

Welchen Beruf kennt der Arrestant, kann er lesen und schreiben? Schwerarbeiter, kann lesen und schreiben.

Dieser offizielle Akt, der vom Kommandanten des Omsker Justizhauses gezeichnet ist, qualifiziert Fedor Dostojewski als Schwerarbeiter. Schwerarbeiter war damals bereits ein bekannter Schriftsteller. Dostojewski hatte zu dieser Zeit bereits „Retotscha Resnoma“, „Die armen Leute“, „Die weißen Nächte“ und den „Doppelgänger“ geschrieben.

In der Philharmonie brachte der Berliner Vortragschor, unterstützt vom Philharmonischen Orchester, Mozarts „Requiem“ zur Aufföhrung. Es war eine Feiertunde im schönsten Sinne. Denn wenn auch dies letzte, legendenumspinnene Werk des Meisters in Einzelteilen Schwächen zeigen mag, wenn selbst wesentliche Stellen, wie etwa die große Doppelfuge „Kyrie eleison“, in den Themen kaum vom Hergedragten abheben, so zeigt doch die Durchführung des Ganzen echt Mozartsche Kunst. Die leichte Heiterkeit des Meisters hat sich hier fast in eine unerbittliche Vertikalfestigkeit gewandelt, und die Schreden des Todes werden überstrahlt von der Sehnsucht nach Frieden und dem Glauben daran. In guter Ausführung vermag dies Werk wie nicht viele andere den Hörer zu erschüttern und zu erheben. Der Berliner Vortragschor, der unter Dr. Kurt Singers Leitung es zu einer erstaunlichen künstlerischen Höhe gebracht hat, erwies sich als ein berufener Vermittler des Wertes. Singer, der sich mit Liebe und Begeisterung dem Requiem annahm, stellte sich völlig in den Dienst des Meisters. Der Ehrgeiz, die Hörer durch eine Sondermeinung mehr oder weniger angenehm zu überraschen, liegt diesem befähigten Musiker fern. So gelang eine wunderbar einheitliche, feierliche Darbietung. Auch die Solisten Lily Wiekop, Paula Lindberg, Werner Rosenthal und Hermann Schen hielten das hohe Niveau des Abends. Dem Requiem vorangegangen waren Brudners schwerblütiger Kompositionen, das fünfstimmige „Tantum ergo“ und das vierstimmige „Ave Maria“, die ebenfalls Chor wie Dirigenten im besten Licht zeigten. Tes.

Jugendpreis Deutscher Erzähler. Dem Verbands Deutscher Erzähler ist von der Deutschen Buchgemeinschaft, Berlin, ein jährlich wiederkehrender Preis von 10 000 M. als „Jugendpreis Deutscher Erzähler“ gestiftet worden, den der Verband unter Mitwirkung des preussischen Kultusministeriums, nach freiem Ermessen einer hierfür gemählten Kommission, unter allen Umständen und ungeteilt für den jeweilig besten bisher un veröffentlichten Roman junger Erzähler zu vergeben hat. Der Autor darf zurzeit der Einreichung das 35. Lebensjahr nicht vollendet haben. Das durch den Preis ausgezeichnete Werk wird von der Deutschen Buchgemeinschaft in einer garantierten Erstauflage von 10 000 Exemplaren verlegt, wofür das Honorar zugleich mit dem Preise zahlbar ist. Die Manuskripte sind anonym, mit einem Kennwort versehen, bis jeweils zum 15. März an das Bureau des Verbandes Deutscher Erzähler, Berlin W 50, Nürnberger Straße 9/10, einzusenden. Das Kennwort, sowie Name und Anschrift des Verfassers sind in einem geschlossenen Umschlag dem Notar Dr. Benzel Goßbaum, Berlin W. 66, Wilhelmstraße 52, mitzuteilen. Die erste Preisverteilung erfolgt am 2. Oktober 1926. Alle weiteren Bedingungen sind vom Bureau des Verbandes zu erfahren.

Zatzführende Stinkbombenschmelzer. Nachdem die bisherigen Aufföhrungen des Lustspiels „Der frühe Weinberg“ im neuen Schauspielhaus in Königsberg ohne Zwischenfall verlaufen waren, kam es in der Mittwochvorstellung im zweiten Akt zu heftigen Vorfällen durch fortgesetzte Zwischenrufe und Pfeifen. Im Parkett wurden Stinkbomben geworfen. Im Zuschauerraum und im Vorraum des Theaters kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Landfriedensbruch der Hakenkreuzler.

Alt-Landsberg — Neu-Grevesmühlen. — Landjägerehne bei den Landfriedensbrechern.

Die polizeilichen Ermittlungen über den Zusammenstoß zwischen Frontbannmitgliedern und Mitgliedern des Alt-Landsberger Männerchors am 21. Februar d. J. haben folgendes Ergebnis gehabt:

„Auf Veranlassung der Frontbanngruppe Neuenhagen fand am 21. Februar in Alt-Landsberg eine Gruppengründungsfeier statt, an der sich Berliner Frontbanngruppen aus Neukölln und Lichtenberg beteiligten. Der Anmarsch dieser Gruppen ging geschloffen von Neuenhagen nach Alt-Landsberg in Stärke von etwa 60 Mann. In Alt-Landsberg begaben sich die Frontbannleute nach Schluß ihrer Veranstaltung in kleinen Trupps gegen 11 Uhr in die Stadt. Dabei wurde eine Schantwirtschaft kurz, wie zur Erkundung, betreten. Bereits im Schützenhaus kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Gesangsverein „Frohinn“, der das Erscheinen der Frontbannmitglieder auf der Festlichkeit unangenehm empfand und den Leuten, um sie los zu werden, eine Lage Freibier spendierte. Hier fragte der Führer der Frontbannleute: „Wo tagt denn das Reichsbanner?“ und auf die Frage, warum er dies wissen wolle, antwortete er:

„Meine Leute wollen einmal gründlich unter den Reichsbannern aufräumen.“

Inzwischen hatten sich bereits einige Frontbannleute in dem Hotel Friedrichslust eingefunden, wo der Alt-Landsberger Männerchor das Stiftungsfest feierte. Da der Vorsitzende des Chors gleichzeitig Vorsitzender des Reichsbanners ist, nahm an der Festlichkeit auch eine Anzahl Reichsbannmitglieder teil.

Die Frontbannmitglieder begaben sich in den Schantraum und hier kam es bald zu einem Wortwechsel, wobei einer der Frontbannleute einem Festteilnehmer das Reichsbannerabzeichen abriß. Der Wirt verwies ihm darauf das Total. Als bald darauf eine Frau das Total verließ, wurde sie von einem Frontbannmann mit einem Gummiknüppel auf den Kopf geschlagen, ebenfalls erhielt ein junger Mann einen Schlag.

Infolge dieses Vorfalls entstand unter den Teilnehmern des Maskenfestes im Total große Erregung, sie drangen auf die den Ausgang befehligenden Frontbannleute ein. Nachdem diese zurückgedrängt waren, kehrten die Festteilnehmer wieder in das Total zurück. Die Frontbannleute zertrümmerten hierauf eine große Anzahl von Fensterscheiben und einer gab durch die halbgeöffnete Tür in den Saal einen Schuß ab, der jedoch niemand verletzte. Dabei fiel der Ruf: „Ihr müßt alle verrecken!“

Die Festteilnehmer gingen darauf zunächst mit Stuhl- und Tischbeinen bewaffnet zur Abwehr vor, worauf jetzt

die Frontbannleute von ihren Schußwaffen Gebrauch machten und etwa 60—80 Schuß in die Luft abgaben.

Sie wurden trotzdem zurückgetrieben. Hierbei blieb ein Frontbannmitglied, Renz, schwer verletzt auf der Straße liegen und wurde von den Festteilnehmern in das Total zurückgebracht. Auf diesem Transport soll er noch geschlagen und gestochen worden sein. Die Todesursache des Renz ist durch die Obduktion noch nicht einwandfrei festgestellt. Von den Festteilnehmern wurde einer durch sechs Messerschläge in den Kopf verletzt, ein weiterer hatte eine Schußverletzung im Unterschenkel. Die Frontbannleute zerstreuten sich, nachdem die Mitglieder einem nochmaligen Befehl des Führers zum Vorgehen nicht mehr Folge geleistet hatten. Bemerkenswert ist, daß bei Beginn der Schlägerei der Führer des Frontbanns die Anhängerhaft ausdrücklich aufgefordert hatte, zurückzutreten und die Berliner vorzulassen!

Von der Berliner Polizei sind in Alt-Landsberg im ganzen 25 Personen, davon 11 Frontbannmitglieder und 13 Festteilnehmer festgenommen und dem Richter zugeführt worden. Der Richter hat gegen zwei Neuenhagener Frontbannmitglieder und einen Festteilnehmer Haftbefehl erlassen. Unter den vorgeschriebenen Frontbannmitgliedern befinden sich sechs im Alter von 18—19 Jahren, unter diesen sind auch die beiden Söhne des Oberlandjägers von Alt-Landsberg, die als Mitglieder des Junglandbundes sich unter den Frontbannleuten befanden. In Berlin sind neun weitere Mitglieder des Frontbanns festgenommen und dem Richter zugeführt worden, darunter der Führer der Frontbannleute Langner. Wegen vier von ihnen ist Haftbefehl ergangen.

Soweit die Mitteilungen des Polizeipräsidenten. Für jeden, der lesen kann, ergeben sich interessante, aber keineswegs überraschende Tatsachen. Die Hakenkreuzler gehen nach Methode Grevesmühlen offen auf Ueberfall aus, ausgerüstet mit Schußwaffen, von denen sie in aller Gemütsruhe Gebrauch machen. Die Polizei, die Ruhestörungen verhindern soll, wird repräsentiert durch einen Oberlandjäger, dessen Söhne sich im Lager der Landfriedensbrecher befinden. Man kann danach sich vorstellen, was bei seiner „Untersuchung“ herauskommen würde. Nun hat die Berliner Kriminalpolizei eingegriffen und 11 Frontbannleute, aber 13 der angegriffenen Festteilnehmer vorläufig festgenommen.

Wilt denn der Begriff Notwehr gar nicht mehr? Müßten sich republikanische Arbeiter von den hergelassenen Strochen wahllos niederlassen lassen, ohne sich wehren zu dürfen? Werden die Ueberfallenen ebenso behandelt, wie diejenigen, die den Ueberfall planmäßig durchführten? Der Junglandbund, dem die Oberlandjägeröhne angehören, hat schon mehrfach offen zur organisierten Gewalttat gegen Andersdenkende unter dem Beifall des Altlandbundes aufgerufen. Was geschieht mit ihm?

Justiz als Farce.

Klaglicher Reinfall in Stözel-Prozess.

Drauschnitzel, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Am zweiten Tag des Stözel-Prozesses wurden die Hauptbelastungszeugen vernommen. Es handelt sich um ehemalige Bureaubeamte des Angeklagten, die diesen jahrelang beipflichtet hatten. Der Bureauvorsteher brachte nicht weniger als zwei dicke Foliobände voller Aufzeichnungen in den Gerichtssaal. Der Hauptbelastungszeuge Köhler enttäuschte allerdings die Staatsanwaltschaft, indem er sich auffallend zurückhielt und sich auf bestimmte Feststellungen nicht befehlen konnte. Es sei nur der allgemeine Eindruck gewesen, daß Landesschulrat Dr. Stözel nicht dienstlich nach Berlin gefahren ist. Tatsachen für diese Annahme habe er nicht. Ueber die Telefongespräche habe er überhaupt keine eigenen Kenntnisse, desgleichen nicht über die angeblichen Fahrten in dritter Klasse, für die zweiter Klasse liquidiert sei. Er wisse nur genau, daß Landesschulrat Dr. Stözel einige Schulbücher Ostern 1922 und 1923, anscheinend zur Benutzung durch seine Kinder, aus der Bibliothek entnommen habe. Auf die Frage des Staatsanwalts, für wen die Prüfungsexemplare bestimmt seien, antwortete der Zeuge „Herr Dr. Stözel glaubte, als Prüfungsexemplar wäre es sein Eigentum, gewissermaßen ein Äquivalent für die Prüfung. Wir Bureaubeamten waren der Auffassung, es wäre Eigentum der Behörde.“ Zur Charakterisierung Köhlers wurden zwei ihm sehr belastende Briefe vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß er im Februar 1922 schon wegen Unbrauchbarkeit entlassen werden sollte. In dem Punkt der angeblichen Erschießung eines 300prozentigen

tigen Teuerungszuschlages muß Köhler zugeben, daß es möglich sei, daß die gezahlte Summe nicht für die betreffende Reise bezahlt wurde, sondern ein Borkschuß war. Die anderen beiden Bureaubeamten wußten nichts Neues hinzuzufügen. Freitag Fortsetzung der Verhandlung.

Thüringische Justizkorruption.

Feststellung des Gerichts in Weimar.

Jena, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite politische Beleidigungsprozess, der auf Antrag der thüringischen Regierung gegen den verantwortlichen Schriftleiter unseres Jenaer Parteiorgans wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Weimar angestrengt worden war, endete am Donnerstag mit einer schweren Niederlage der Regierung. „Das Volk“ hatte im vergangenen Jahre vor dem Meineidsprozess gegen den früheren Staatsbankpräsidenten, Genossen Loeb, auf unerlaubte Beziehungen zwischen der weimarschen Anklagebehörde und der bürgerlichen Presse hingewiesen. Auf Grund dieser Beziehungen war die Rechtspreste fortgesetzt in der Lage, aus dem schwebenden Verfahren gegen führende Sozialdemokraten Einzelheiten mitzuteilen, zu dem Zweck, die öffentliche Meinung gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Daran hatte „Das Volk“ eine heftige Kritik geknüpft.

In der Hauptverhandlung wurde festgestellt, daß der thüringische Finanzminister Klüßner in zwei Fällen aus einem schwebenden Verfahren gegen Loeb einmal ein für Loeb belastendes, später aber widerlegtes Gutachten eines Sachverständigen, und das andere Mal einen Einstellungsbeschluss der Rechtspreste zur politischen Auswertung gegen Loeb zugeleitet hatte. Ein Staatsanwaltschaftsrat hatte ferner dem Vertreter eines Rechtsblattes bestimmte Angaben über die seinerzeit bei Loeb beschlagnahmten Akten gemacht.

Locarnogeist muß herrschen!

Chamberlain mißbilligt die Aufrollung der Ratsfrage.

London, 4. März. (Unterhaus. B.Z.) In der heutigen Sitzung erklärte Chamberlain, er habe die Entwicklung des internationalen Streitens im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes mit größter Besorgnis verfolgt und, wenn die extremen Formen der Streitigkeiten die Ansichten der Nationen darstellten, könnte man eine düstere pessimistische Ansicht von der Lage haben. Die Mäßigung der Erklärungen von Vertretern der am nächsten interessierten Nationen — mögen sie Deutsche, Franzosen, Belgier oder Polen sein — hätte ihn jedoch ermutigt, besseres zu erhoffen. Die britische Regierung teile das allgemeine Bedauern, daß diese Fragen jetzt entstanden seien; aber er wolle nicht behaupten, daß dies ein Fehler irgend jemandes sei, es sei vielmehr unvermeidlich gewesen.

Es müsse leitender Grundsatz für die britischen Vertreter in Genf sein, sich dort an nichts zu beteiligen, was den Erfolg Locarnos gefährden oder Deutschland im letzten Augenblick den Eintritt in den Völkerbund unmöglich machen könnte.

Unter keinen Umständen werde sich die britische Regierung an irgendwelchen Versuchen beteiligen, im Völkerbundsrat die zwei Lager entgegengesetzter Kräfte neu zu schaffen, die der Fluch Europas vor dem Kriege waren. Chamberlain betonte die Unmöglichkeit jedes derartigen Versuches und erklärte weiter, es sei von wesentlicher Bedeutung, daß die Vorschrift der Einstimmigkeit innerhalb des Völkerbundesrat beibehalten wird, wenn für keinen anderen Zweck, so doch deshalb, um jede Art von Intrigue auszuschließen und zu verhindern, daß der Rat seiner wahren Natur beraubt wird, eine besondere Entscheidung zu fällen. Chamberlain erklärte weiter, er habe dem deutschen Vorschlag, Erörterungen mit ihm und anderen Vertretern vor der Ratssitzung in Genf stattfinden zu lassen, zugestimmt. Man könne wohl nicht annehmen, daß die ursprüngliche Form des Völkerbundesrat niemals geändert werden würde. Seine Verfassung sei ein Problem für eine allgemeine Erörterung. Das britische Ziel sei, die Mitglieder des Rates in solchen Grenzen zu halten, daß er für praktische Arbeitszwecke ein wirksames Werkzeug sei, andererseits sei es ebenso wichtig, daß er zahlreich genug ist, um die gesamte Körperschaft der Staaten im Völkerbunde zu repräsentieren und ihm die Autorität zu geben, deren er bedarf. Jede Vermehrung der ständigen Sitze müsse natürlich mit ganz besonderer Sorgfalt geprüft werden. Großbritannien habe nicht den Standpunkt eingenommen, daß, abgesehen von dem Eintritt Deutschlands, Amerikas oder Russlands, keine Vermehrung der ständigen Ratsitze erfolgen solle. Diese Frage sei bereits früher erörtert worden. Vor vier Jahren habe die britische Regierung den Anspruch Spaniens unterstützt, und er sehe nichts, was die britische Regierung veranlassen könnte, ihre Haltung gegenüber diesem Anspruch im Prinzip zu ändern (Widerspruch bei der Opposition). Er besaße sich jedoch jetzt nicht mit dem Zeitpunkt der Erfüllung des Anspruchs.

Es gebe einige Staaten, die nicht für ständige Sitze geeignet seien, deren Anwesenheit im Rat jedoch wünschenswert sein könnte.

Die leitenden Grundsätze der britischen Regierung seien, nichts zu tun, was die Ergebnisse von Locarno gefährden könnte oder was irgendeiner Macht das Recht gäbe, zu sagen, daß sie unfair behandelt oder in eine Lage gebracht worden sei, deren Folgen sie nicht voraussehen könnte; außerdem gehöre es zu den leitenden Grundsätzen Englands, daß die Schaffung neuer Ratsitze sorgsam erwogen werden müsse und daß sie nur erfolgen könne, wenn der gesamte Rat darüber einig sei. Wenn jedoch der gesamte Rat in der Unterstützung eines besonderen Anspruches einig sei, so würden die Engländer den Anspruch auf seine Berechtigung hin prüfen müssen. Großbritannien sage nicht und sei nicht bereit, a priori (von vornherein) zu sagen, daß kein derartiger Anspruch unter irgendwelchen Umständen zugelassen werden könne. Der britischen Regierung wäre es lieber gewesen, wenn diese Frage nicht gerade jetzt aufgeworfen worden wäre. Man könne das Problem nur durch Abstimmung im Völkerbund lösen. Wenn aber in einer Vereinbarung des gesamten Völkerbundsrats für eine bestimmte Nation ein Weg gefunden werde, so werde Großbritannien sicherlich eine Aufnahme nicht verwerfen oder sich ihr widersetzen mit der Begründung, daß Großbritannien es vorgezogen hätte, die Frage nächsten September zu erörtern.

In der Debatte sprach

Macdonald

unter dem Beifall der Arbeiterpartei sein Bedauern aus, daß es unmöglich sei, der Rede Chamberlains zuzustimmen. Macdonald betonte, er habe nie in seinem Leben ein Problem gesehen, in dem sich die Nation so einig gemessen sei wie in der augenblicklich erörterten Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats.

Premierminister Baldwin

erklärte, daß zwischen Chamberlain und den anderen Ministern keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen. Das

Nachdem auch noch verschiedene andere Fälle, die eine einseitige und bestimmt politisch orientierte Unterrichtung der Rechtspreste durch die Anklagebehörde in Weimar erhelle, festgestellt worden waren, erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung des Genossen Deereberg, weil er trotz seiner scharfen Kritik in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Staatssekretär Hirsch Universitätsprofessor.

Der bekannte Volkswirtschaftler, Professor Julius Hirsch, der als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium während der Amtszeit Robert Schmidts dem Reiche hervorragende Dienste geleistet hat, ist, wie wir hören, zum Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden. Er erhielt einen Lehrauftrag für Handels- und Verkehrswesen im Rahmen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre.

Bisher war Hirsch als außerordentlicher Professor an der Handelshochschule tätig. Von seinen mannigfachen Schriften hat in letzter Zeit besonders sein Werk über „Das amerikanische Wirtschaftswunder“ auch in Arbeiterkreisen Beachtung gefunden.

Die Saarfrage.

Der Reichsaußenminister hat vor seiner Abreise nach Genf, um sich noch einmal über die Absichten und Wünsche der Bevölkerung des Saargebietes persönlich eingehend zu unterrichten, eine Abordnung der politischen Parteien des Saargebietes empfangen, die sich aus je drei Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutsch-saarländischen Volkspartei zusammensetzte. Bei dem Empfang wurden alle schwebenden Fragen, insbesondere die auf der Tagesordnung der Märzberatungen des Völkerbundsrats stehenden, erörtert.

Locarnogeist muß herrschen!

Chamberlain mißbilligt die Aufrollung der Ratsfrage.

wichtigste des Augenblicks sei, daß Deutschland bestimmt Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied im Rat werde. Rabinetts keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen. Das wichtigste des Augenblicks sei, daß Deutschland bestimmt Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied im Rat werde.

Aurz vor 7 Uhr war die Erörterung beendet und die Opposition forderte die Abstimmung über den formellen Vertragsantrag, auf dessen Grundlauge die Erörterung stattgefunden hatte. Obgleich Baldwin formell die Vertagung beantragt hatte, war es nicht der Wunsch der Regierung, daß das Haus sich vertagen sollte, denn der Antrag war nur gestellt worden, um eine Gelegenheit für die Debatte zu geben. Als es zur Abstimmung kam, widersetzte sich daher die Regierung ihrem eigenen Vertragsantrag und die Vertagung wurde mit 224 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Die Haltung der Arbeiterpartei.

London, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Genosse Ramsay MacDonald, sagte seinem Vertreter: „Ich bin und mit mir die gesamte Arbeiterpartei jetzt gegen eine Änderung in der Zusammenfassung des Völkerbundsrates, die über die Aufnahme Deutschlands hinausgehen würde. Das aus mehreren Gründen: Erstens, weil jede derartige Änderung natürlich den Eindruck erwecken müßte, als wäre sie von der Furcht vor dem neuen Mitglied diktiert oder sei der Teil eines Känkelespiels gegen dieses Mitglied. Der zweite Grund liegt darin, daß eine Erweiterung der ständigen Ratsitze unklug wäre. Das Problem des Völkerbundsrat bedarf gewiß angesichts der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen äußerst sorgfältige Ueberlegung. Diesen Fragenkomplex jedoch mit einem Vorschlag auf Vermehrung der ständigen Sitze zu beantworten, bedeutet keinerlei Lösung, da die gesamten Fragen der nichtständigen Ratsitze, die Frage, welche Nationen für diese in Betracht kommen, die Wahlmethode usw. weiter unbeantwortet bleiben würde. Ich bin deshalb der Meinung, daß der Rat die Entscheidung darüber zurückstellen und inzwischen ein Ausschuss ernannt werden sollte, dessen Aufgabe das Studium dieser Fragen und die baldige Berichterstattung über das Ergebnis seiner Untersuchungen an den Völkerbundsrat sein würde.“

Nitschisch/Briand/Hoersch.

Pariser Vorbesprechungen für Genf.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der jugoslawische Außenminister Nitschisch, der am Mittwoch eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten hatte, war auch Donnerstag bei Briand. Anschließend hatte der deutsche Botschafter v. Hoersch eine Aussprache mit Briand über die bevorstehende Tagung des Völkerbundes. Herr v. Hoersch wird der deutschen Delegation in Genf angehören.

Französisch-offiziös wird bekanntgegeben, daß im besonderen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und seine gleichzeitig erfolgende Aufnahme als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat sowie die eventuelle Erweiterung des Rates durch Zuteilung ständiger oder nichtständiger Sitze an andere Staaten den Gegenstand der beiden Unterredungen gebildet haben. Den gleichen Fragen dürfte die für die Freitag angekündigte Aussprache zwischen Briand und dem polnischen Außenminister Strzyński gelten. Für Sonntag vormittag 11 Uhr sind in Genf Besprechungen zwischen Briand, Chamberlain, Luther und Stresemann verabredet worden. Ihr Zweck, schreibt die „Information“, sei in voller Uebereinstimmung mit den deutschen Delegierten eine Lösung der durch nationale Eigenliebe entstandenen Völkerbundkrise zu finden, damit die Völkerfamilie ihre Arbeiten in einer beruhigten Atmosphäre beginnen könne. Wegen die Erweiterung des Rates führt die „Information“ vor allem an, man müsse damit rechnen, daß zu den zehn Mitgliedern, die der Rat augenblicklich zähle, eines Tages noch die Vereinigten Staaten, Rußland und China hinzutreten und der Rat als ein Exekutivorgan, das gegebenenfalls pflöglich zusammenberufen werde und mit Einstimmigkeit schnelle Entscheidungen fällen müsse, durch Vergrößerung in seinen Arbeiten gehemmt werden würde, so daß man sich, wie es Banderowde bereits bemerkt habe, gezwungen sehen würde, die wichtigsten Entscheidungen einem engeren Komitee zu überlassen.

Benesch in Wien.

Wien, 4. März. (B.Z.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch ist heute nachmittag hier eingetroffen. Am Bahnhof wurde er von Bundeskanzler Dr. Ramek, vom Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Peter, und anderen hohen Beamten empfangen. Nach gegenseitiger herzlicher Begrüßung und Vorstellung der Erschienenen begab sich Dr. Benesch ins Hotel.

Die Erschwerung des Volksbegehrens.

Scharfe Proteste der Linken im Berliner Rathaus.

Die ungenügend den rechtsstehenden Parteien des Volksbegehrens ist und wie sehr sie den Volksentscheid über die Fürstenernteignung fürchten, das zeigten sie gestern auch in der Berliner Stadtkonferenz der Deutschnationalen. Ein von den Sozialdemokraten und den Kommunisten gemeinsam eingebrachter Antrag, der sich gegen mehrere von städtischen Stellen ausgehende Erschwerungen und besonders gegen das Verhalten des mit dem Amt des städtischen Wahlleiters betrauten deutschnationalen Stadtrats Dr. Richter wandte, wurde von der Rechten des Hauses heftig bekämpft. Sie selber aber schrie über Beschimpfung der entthronten Landesräter und wollte glauben machen, daß bei dem Volksbegehren die Gefahr einer Fälschung des Eintragungsergebnisses bestehe. Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion rechnete Genosse Reimann mit den die Fürsten schützenden Feinden der Republik scharf ab. Die Versuche der Rechten, eine Beschlussumfähigkeit herbeizuführen, mißlungen. Herr Koch und die Seinen konnten die Annahme des gegen die Erschwerungen protestierenden Antrages der Linken nicht verhindern.

Die gestrige Stadtkonferenzverhandlung wurde vom Vorsitzenden Genossen Haß erst um 7 Uhr eröffnet, weil eine vorher angeordnete und abgehaltene nichtöffentliche Sitzung sich so lange hinzog. Ohne Debatte wurde zunächst ein Dringlichkeitsantrag aller Parteien angenommen, dem vom Magistrat eine baldige Feststellung der Schäden verlangt, den die vom

Explosionsunglück in der Kirchstraße 5

in Moabit Betroffenen erlitten haben. Der Magistrat soll ferner eine Vorlage unterbreiten, die den Geschädigten den Schaden ersetzt. — Zu dem folgenden eingeleiteten

Volksbegehren

liegen eine ganze Reihe von Dringlichkeitsanträgen unserer Fraktion, der Kommunisten und — der Deutschnationalen vor. Unsere Genossen und die Kommunisten erheben Einspruch dagegen, daß der deutschnationalen Stadtrat Dr. Richter in seiner Eigenschaft als Wahlleiter des Magistrats in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten keine besonderen Eintragungsstellen eingerichtet hat. Der Magistrat wird ersucht, das Versäumte sofort nachzuholen. — Die Deutschnationalen haben entbedt, daß an den Anschlagstellen Plakate zum Volksbegehren im Auftrag der den Volksentscheid veranstaltenden Organisationen erschienen sind, die von Beschimpfungen der ehemaligen Fürstenhäuser strotzen. Der Magistrat soll die Wiederholung verhindern. (Große Heiterkeit links.) Ferner fordern die gleichen Herrschaften vom Magistrat, Maßnahmen zu treffen, daß sich in die Eintragungslisten nicht etwa auch Nichtwahlberechtigte eintragen. — Genosse Reimann forderte, daß der nicht anwesende Stadtrat Dr. Richter sofort erscheinen solle. Der Oberbürgermeister gab bekannt, daß der Stadtrat krank im Sanatorium liege. Die Aussprache wurde auf später vertagt. Der sozialdemokratische Antrag, den Magistrat zu ersuchen, er solle bei der Reichsregierung auf Erhöhung der Haftungssumme für Autos dringen, wurde von der Linken angenommen.

Genosse Heilmann berichtete dann über die neuerliche Beratung der Anträge betreffend Abschaffung des Kost- und Logiszwanges in den städtischen Anstalten, Lieferung von Arbeits- und Schutzkleidung und Einführung der 48-Stundenwoche in städtischen städtischen Kranken- und Pflegeanstalten. Die Anträge, die schon mehrfach die Stadtkonferenzverhandlung und die Ausschüsse beschäftigt haben, entfielen nochmals eine längere Aussprache.

Genosse Uelch vertrat gegenüber der Rechten des Hauses den

Standpunkt unserer Genossen. Mit wechselnden Mehrheiten beschloß man nochmals, den Magistrat zu ersuchen, den Kost- und Logiszwang aufzuheben. Schutz- und Arbeitskleidung wird denjenigen Arbeitnehmern kostenlos geliefert, die mit der Krankenpflege, der Desinfektion und in der Küche beschäftigt sind. In den Irrenanstalten soll der ungeteilte Achtstundentag eingeführt werden. In den anderen Anstalten soll die Arbeitseinteilung nach der Art des Betriebes durch Uebereinkommen der Anstaltsdirektion mit dem Betriebsrat geregelt werden. Rummehr begründete der Kommunist Leys den Antrag der Linken wegen der Behinderung der in den Krankenanstalten befindlichen bei der Einzeichnung zum Volksbegehren. Die ersten Worte des Redners:

„Die Sabotage der Rechtskreise gegen das Volksbegehren“

werden von der Rechten mit wütenden Zurufen begleitet, so daß der Redner nicht zu verstehen ist. Sozialdemokraten und Kommunisten antworten erregt. Als der Redner Einzelfälle von behördlicher Sabotage, so die Ausweisung von ehrenamtlichen Kontrollleuten aus den Eintragungslotolen anführt und auch sonstige Widerrechtlichkeiten und Einzeichnungsschwernisse der Wahlleiter erwähnt und rügt, antwortete die Rechte beziehungsweise mit Bravorufen. In Charlottenburg, so fuhr Leys fort, sind

für etwa 200 000 Wahlberechtigte ganze sechs Eintragungslotole

vorhanden. Wir fordern vom Magistrat, daß er dem Beschluß der Stadtkonferenz, möglichst viele Eintragungslotole einzurichten, nachkommt und daß auch den Kranken und Siechen Gelegenheit zur Eintragung gegeben wird. Gegenüber der behördlichen und parteilichen Sabotage fordern wir auch von dieser Stelle die Bevölkerung auf, für das Volksbegehren und für die entscheidungsgeloste Entscheidung zu stimmen. (Beifall und Bravo links.) Stadtkonferenzleiter Major a. D. v. Jeklin (Dnat.) konnte sich bei der Begründung der Deutschnationalen gegen den Vorschlag der Kommunisten nur schwer durchsetzen. Der Vorsitzende erwähnte unzählige Male zur Ruhe. Man verließ auf der Tribüne nur so viel, daß v. Jeklin zur Feststellung der Identität des Einzeichnenden sogar ein Lichtbild forderte. Die Deutschnationalen seien jedenfalls fest entschlossen, dem Volksbegehren und dem Volksentscheid alle erdenklichen Schwierigkeiten zu machen (!) — Stadtrat Wege betonte namens des Magistrats, daß der Magistrat eine objektive Behörde sei (stürmisches Gelächter), die keine Sabotage treibe, sondern sich nur nach dem Wortlaut der Gesetze richte. Das Wahlreglement enthalte in bezug auf die Lotole in den Krankenanstalten nur eine Klausel, keine Ruhvorschrift. Der Stadtrat stelle aber anheim, jezt entsprechend zu beschließen. Genosse Reimann wies dem Magistratsvertreter nach, daß er laeben die Bestimmungen des Wahlreglements nur sehr mangelhaft und unvollkommen zitiert und wichtige Stellen ausgelassen habe, die gerade unserem Antrag Recht geben. Genosse Reimann teilte mit, daß infolge der

behördlichen Schikanen

im Südosten Berlins Ausschreitungen schon am Donnerstagabend nur schwer zu verhindern waren. Er forderte vom Magistrat, daß er die Gesetzesbestimmungen loyal auslege. Am Schluß seiner Ausführungen rief Genosse Reimann der Rechten noch einmal alle Schandtaten der geächteten Potentaten ins Gedächtnis. Die Rechte antwortete mit brüllenden Zurufen. Der deutschnationalen Pastor Koch drohte, zur Geschäftsordnung zu Wort gekommen, damit, daß die Deutschnationalen die Vertagung der Sitzung beantragen werden, wenn ihr Redner am Sprechen behindert werde. Als der Stadtkonferenzleiter v. Jeklin (Dnat.) seine Rede beendet hatte, kam auch tatsächlich von Koch der „angedrohte“ Antrag auf Vertagung. Gleichzeitig bewirkte er die Beschlussumfähigkeit des Hauses. Mit knapper Not brachte die Rechte die erforderliche Anzahl Stimmen zur Unter-

stützung des Vertagungsantrages auf. Die Auszählung ergab die Beschlussumfähigkeit; Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten blieben im Saal, während die Rechte schon während der Rede v. Jeklins den Saal verlassen hatte. Die Feststellung des Vorsitzenden rief lebhaften Beifall hervor. Während der nun folgenden Ausführungen des Demokraten Michaelis trat Pastor Koch wieder den Saal, um als Hochposten für die Rechte zu wirken. Stadtkonferenzleiter Treffert (Z.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu den meisten der Anträge. — Nach dem Schluß der Debatte bezweifelste Stadtkonferenzleiter Caspari (D. Sp.) wiederum die Beschlussumfähigkeit des Hauses. Als Resultat der Auszählung stellte der Vorsitzende wie vorher die Beschlussumfähigkeit fest. (Bravo!) — In der Abstimmung wurde der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag einstimmig angenommen. Für den ersten Teil des deutschnationalen Antrages erhob sich nicht eine Stimme. Der zweite Teil, der die Beschlussumfähigkeit fordert, daß die Wahlschlichter der Einzeichnenden geprüft werde, fand eine Mehrheit. Damit schloß diese stürmische und ereignisreiche Sitzung.

Sabotage oder Zufall?

Die Einzeichnung zum Volksbegehren.

Aus zahlreichen Teilen Berlins gehen uns Beschwerden über die Handhabung der Einzeichnung zum Volksbegehren zu. Es mag sein, daß ein Teil der Ursachen dieser Beschwerden inzwischen abgestellt ist. Vielleicht ist die Sache noch zu neu, als daß sie gleich tabellarisch „kappen“ könnte. Es gibt aber zu denken, wenn z. B. in Brunenwald nur ein einziges Lotol zum Einzeichnen vorgelegen ist, wenn bei der Ausstellung von Scheinen, die zur Einzeichnung in anderen Bezirken berechtigen, umständlich und zeitverwendend verfahren wird, oder, wenn wie z. B. in Moabit, die Plakate, die den Einwohnern die Einzeichnungslotole mitteilen sollen, schon wieder überklebt wurden, so daß sie ihren Zweck nicht erfüllen können. Vielfach wird darüber geklagt, daß man denen, die sich einzeichnen wollen, keine Stühle anbietet, so daß sie im Stehen schreiben müssen. Im einzelnen mögen noch folgende Vorfälle mitgeteilt werden:

Von mittags 1 Uhr bis abends 8 Uhr sollen die Listen zur Eintragung des Volksbegehrens ausliegen. Im Bezirk Tiergarten, Abblimmungsort Turnhalle Kulmb. 15, erschienen der Beamte erst um 1/2 Uhr, verschiedene Personen, welche sich eintragen wollten und um 1 Uhr zur Stelle waren, mußten unerrichteter Sache forgehen, da sie sonst ihre Arbeitsstelle nicht zur pünktlichen Zeit erreichen könnten. Selbstverständlich wurde wegen des verspäteten Anfanges Protest eingelegt.

Im Stadtbezirk 38, im Wahllokal Derfflingerstr. 18a, ist der erste Beamte zur Eintragung erst um 1.16 Uhr erschienen. Die erste Eintragung konnte trotz starken Andranges erst um 1.27 stattfinden. Die anderen Beamten bis auf einen erschienen erst um 1.30. Die betreffenden Herren scheinen mit der Technik des Volksbegehrens nicht genügend vertraut. Die Eintragungen gingen sehr langsam und in zeitraubender Weise vor sich. Verschiedene Einzeichnungsberechtigte, deren Zeit längeres Warten nicht erlaubte, mußten das Lotol verlassen.

Die Auslegung der Eintragungslisten zum Volksbegehren für die Fürstenernteignung führten auch in der Bezirksversammlung Charlottenburg zu einer lebhaften Debatte. Im ganzen Verwaltungsbezirk 7 befinden sich nur sechs Eintragungslotole. Nach Ansicht der Sozialdemokraten und Kommunisten reichen diese nicht aus, um die Eintragungen glatt ohne Reibungen zu ermöglichen. Die Sozialdemokraten stellten die Frage: „Was hat das Bezirksamt getan, um auch den Insassen der Krankenanstalten die Möglichkeit der Eintragung zu verschaffen?“ Der Vertreter des Bezirksamtes teilte mit, daß bei der Errichtung der Eintragungslotole nach den Bestimmungen für die Auslegung der Wahllisten verfahren wurde. Die festgelegten Lotole sind sehr groß und innerhalb jedes derelassen so viele Unterabteilungen, daß auf je 1 Beamten und 1 Hilfskraft nur immer 3 Listen für 3 Stimmbezirke entfallen. Das Bezirksamt ist der festen Ueberzeugung, daß die Eintragungen sich in Charlottenburg ganz glatt abwickeln werden, ohne Veranlassung zu Klagen zu geben. In bezug auf die Möglichkeit der Eintragung

Onkel Moses.

Roman von Schalom Uch.

Charlie, der Sohn des Onkels Berl, wohnte nach der Heimfahrt des Vaters mit der Mutter und seiner älteren Schwester zusammen. Bei Tag besuchte Charlie das College, und am Abend trug er Zeitungen an die Nachbarn aus. Seine Schwester war in einem Hutgeschäft angestellt, und die Mutter kochte, wusch und hielt die Wohnung für die Kinder in Ordnung. Trotz ihrer Armut suchte es die alte Frau auf jede mögliche Weise durchzusetzen, daß Charlie das College besuchen konnte. Mit der gleichen Aufopferung, die einst unsere frommen Mütter für ihre begabten Kinder gezeigt haben, welche im Beth-Samirah lernten, opferte sich Genendel für ihren Sohn Charlie auf, damit er das College besuche. In der Heimat wäre es wahrscheinlich ihr Ideal gewesen, Charlie dereinst als Rabbi zu sehen; hier war es ihr Ideal, daß Charlie das College beende. Wenn die Zeit kam, da das Kollegiegeld für Charlie zu zahlen war, da setzte die alte Frau alle Hebel in Bewegung: sie lief zu Verwandten und Bekannten, rannte dem Onkel die Türen ein, und wenn es gar nicht anders ging, so nahm die alte Frau von einem kleinen Unternehmer Nährarbeit nach Hause oder verdingte sich selbst in eine Werkstätte und arbeitete einige Wochen. Der Ehrgeiz der alten Frau hatte einen rein idealistischen Grund. Ihr ging es nicht so sehr um Charles künftige Laufbahn, als um die Wissenschaft an sich. Daß Charlie studierte, bedeutete für sie dasselbe wie für unsere Mütter der alten Zeit: Lohn und Vergeltung für ihr armes, düsteres, tägliches Leben. Genendel fand ihren Trost darin, daß ihr Sohn gelehrt war, und hielt sich für mehr als alle Landsleute. Sogar das große Glück des Schwagers Aaron Reinit, dessen Kind Mascha der Onkel heiratete, konnte ihr nicht imponieren im Vergleich zu der Tatsache, daß ihr Charlie das College besuchte. Und wenn man im Familientreife Aaron um das große Glück beneidete, welches ihn durch Mascha getroffen hatte, so sagte sie mit gleichgültiger, aber stolzer Miene:

„Der eine strebt nach Reichtum, der andere nach Gesehrsamkeit. Ich gebe meines Sohnes Kölsch (so sprach sie das Wort College aus) nicht her für des Onkels ganzes Vermögen.“

„Es wird auch einen goldenen Stuhl im Paradies bringen.“ antwortete einer aus der Familie spöttisch.

„Einen goldenen Stuhl oder nicht; — wozu besteht die Welt? Auf unserer Welt soll man auch ein Mensch sein, nicht bloß ein Schneider.“ so stichelte Genendel die ganze Familie, weil alle in Amerika Schneider geworden waren.

Die erste Zeit nach der Heimkehr des Onkels traf Mascha Charlie häufig. Charlie kam oft zu Onkel Aaron und ging

dann mit Mascha zu einer Unterhaltung, zu gemeinsamen Besuchen, zu Vorlesungen oder auch hier und da ins Theater, wenn er Geld hatte. Mascha beobachtete, wie auf Charles Oberlippe das schmale Schnurrärtchen sproßte und seine Wangen sich mit einem flaumigen, dünnen Backenbart bedeckten. Sie liebte es, wenn er über Bücher sprach, die er gelesen hatte, über sein College und über den Sozialismus, für den er sich schon damals interessierte. In diesen Gesprächen erschien ihr Charlie unendlich klug — doch wenn die Mädchen anfangen, ihn aufzuziehen, da wurde er rot und wußte keine Antwort. Mascha bereitete es großes Vergnügen, zuzusehen, wie Charlie verlegen da stand und ihre Freundin Elli ihn auslachte und ihn mit seinem Schnurrärtchen aufzog, das nicht an der richtigen Stelle wachse — und Charlie stand da mit seinen großen, langen Händen, rot vor Verlegenheit, und lächelte ungeschickt.

„Never mind, wenn er erwachsen ist, wird er sich den Schnurrbart rasieren lassen.“ so befreite ihn eine Freundin aus der unangenehmen Situation.

„Charlie, bitte, Charlie, rasiere dir nicht den Schnurrbart!“ bat Mascha. „O, wenn ich ein Mann wäre, ich liebe mir einen so großen Schnurrbart wachsen, nicht einen solchen wie deiner, der aussieht wie mit Ruh angehaßt.“

Die Mädchen lachten, und Charlie, der kluge, gebildete Charlie mit dem gestickten Hemdtragen, an dem der Leinwandfäden zu erkennen ist, den die Mutter erst gestern daraufgenäht hat, steht verlegen da.

Der Onkel bemerkte, daß Charlie zu oft zu Mascha kam und gab ihrem Vater Aaron einen Wink:

„Listen, Aaron, I like („höre, Aaron, ich liebe es“), daß Mascha ihr Vergnügen hat. Ich habe gar nichts dagegen, daß sie mit Charlie ausgeht, aber nicht mehr. Watch, Aaron, acht geben!“

„Was spricht der Onkel da, das Kind stirbt doch für den Onkel.“ versicherte Aaron.

Ploßlich aber hörten Charles Besuche an. „Pa“ sagt, Charlie habe sich in die Politik eingeschrieben, er sei Sozialist geworden und halte Reden an den Straßenecken. Pa sagt auch, der Sozialismus sei keine gute Politik, weil die Sozialisten nicht die geringste Aussicht hätten, bei den Wahlen durchzubringen. Wenn es schon Positiv sein mußte, da hätte sich Charlie den Demokraten anschließen sollen, sagt Pa, oder den Republikanern; dann hätte er wenigstens für diese Tätigkeit das Kollegiegeld bezahlen können und Aussicht auf ein gutes Fortkommen gehabt. Aber bei den Sozialisten kann Charlie gar keine Aussichten haben, weil sie bei den Wahlen nicht durchbringen können.

Charlie kam nicht; Mascha dachte nicht an ihn. Doch seit sie Braut geworden ist, hat sie gerade den Wunsch, Charlie

wiederzusehen. Sie hat etwas Furcht vor ihm. Furcht? Eigentlich nicht. Aber sie schämt sich. Das hält sie davon zurück, Charlie aufzusuchen; aber warum soll sie sich eigentlich schämen? Sie möchte ihn doch so gerne sehen. . . Sie fühlt, sie hat ihm etwas sehr Wichtiges zu sagen, doch sie kann nicht darauf kommen, was sie ihm eigentlich sagen will.

Und eines Morgens stand Mascha nach einer schlaflosen Nacht hastig auf und empfand, sie hätte sich vor niemandem zu schämen. Sogar vor Charlie nicht. In ein paar Wochen würde sie ja ohnedies sterben. Weshalb sie so fest überzeugt war, sie würde sterben, das wußte sie nicht. Doch ihr war klar, es werde ihr etwas geschehen — und in aller Früh eilte sie zur Tante. Sie wußte, daß sie Charlie zu Hause treffen würde; denn nach der Arbeit, spät am Abend, schläft Charlie am frühen Morgen noch fest. Sie hatte Lust, Charlie zu einem Spaziergang durch die fünfte Avenue in den Centralpark mitzunehmen, wo sie beide oft gewandert waren, ehe sie des Onkels Braut geworden war, zu der Zeit, da Charlie sie noch besuchte. Mascha war neugierig, ob Charles Schnurrbart schon stärker war und ob er ihn wirklich nicht rasierte, wie er ihr einmal im Scherz versprochen hatte. Schämen braucht sie sich wirklich nicht — Charlie weiß ja nicht, daß sie ohnedies nicht Hochzeit haben wird, er weiß ja nicht, daß sie bald sterben wird.

7. Charlie Reinit.

Mascha fand Charlie schlafend. Die Tante empfing über- rascht.

„Charlie, Charlie, schau nur, wer da ist!“

Langsam kam Charlie aus dem zweiten Zimmer, den Haarzopf vertraut und voll Federn. Seine feurigen, schwarzen Augen waren weit aufgerissen. Mascha hatte recht behalten — er rasierte sich den Schnurrbart nicht; der Schnurrbart war so klein und dünn, daß es eigentlich nicht lohnte, ihn zu rasieren. Doch die jungen Härchen waren hohlschwärz und gaben seinem kindlichen Burschengesicht etwas Männliches. Charlie wurde verlegen, als er plötzlich Mascha sah. Sein Burschengesicht war mit einem Male mit Blut über- gossen; auch das Stück seines Körpers, das aus den Kleidern herausah, war blutübergossen. Aus den Kleidern aber sah ein großes Stück seines jungen Körpers, denn Charlie stand im bloßen Rockhemd. Einen Augenblick lang wußte Charlie vor Uebererschung nicht, was er tun sollte und blieb mit nackten Füßen und nackten Armen starr stehen; erst die Mutter erinnerte ihn an seinen Aufzug:

„Charlie, was tust du?“

Charlie verschwand im nächsten Zimmer. Mascha lachte. Die Mutter entschuldigte ihn:

„Die Hitze ist nicht auszuhalten! Am liebsten ginge man nackt herum!“

(Fortsetzung folgt.)

In den Krankenhäusern habe der Berliner Magistrat verfügt, daß ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt werden könne. — Die gesamte bürgerliche Fraktion und ein großer Teil der Fraktion der Mitte bekundeten ihr Interesse für die wichtige Frage dadurch, daß sie das Haus beschlußfähig machten. Das hat zur Folge, daß ein Drittel der Bezirksverordneten die sofortige Einberufung einer neuen Sitzung beantragten wird.

Die Arbeiter-Samariter im Bezirk Charlottenburg haben sich bereit erklärt, frange und am Laufen behinderte Personen zu den Einzugslokalen zu begleiten. Bisherige Anmeldung erwidert im Restaurant Thelen, Kaiser-Friedrich-Straße 45b. Telefon: Wilhelm 3190.

Wo man die Mittagsstunde heilig hält.

Wer als Berliner sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß von 1 Uhr mittags an das „Volksbegehren“ alle intelligenten Kreise der Bevölkerung auf die Beine bringt, wird, wenn er sich ein wenig über das Weichbild von Groß-Berlin hinauswagt, bald eines anderen belehrt. Steigen wir z. B. in Jossen (Endpunkt einer Borsortstraße) aus, so wird man um 1 Uhr vergeblich Einlaß fordern; der erste Akt der Einzugsstunde hat schon um 9 Uhr begonnen und wurde um 1 Uhr beendet, um später am Nachmittag fortgesetzt zu werden. Die Tisch- und Nachtschicht spielt in kleinen Städten und auf dem Lande eine andere Rolle als in dem verrohten Berlin, wo jeder zu einer anderen Zeit preist als sein Nebenmensch. Nun — die Hauptsache ist, daß die Einzugslisten voll werden und da wird es den Pflichterfüllten nicht gereuen, den Weg doppelt zu machen. In drei Tagen ist also in Jossen vor- und nachmittags Einzugsstunde, an den anderen drei Tagen nur vormittags. Gehen wir nun weiter aufs flache Land, so herrscht im Dorfe wieder ein anderer Modus. Da wird alltags von 6 bis 8 Uhr eingezogen, was für den Gemeindevorsteher ja eigentlich eine Verlingerung einer Dienstzeit bedeutet, aber doch den Vorteil hat, daß fast alle Bewohner sich in Ruhe den bequemeren Tag aussuchen können. Und auch Sonntags wird für eine Stunde kurz vor Mittag das Einzugslokal geöffnet sein. Daß bei dieser loszulaufen in der vollen Doffentlichkeit sich abspielenden Einzugsliste ein gewisser Mut dazu gehört, um so offen gegen die reaktionäre Clique aufzutreten, liegt auf der Hand — glücklicherweise haben die Verhältnisse sich dort gegen die Zeit der Dreifachen-Landtagswahl zum Besseren geändert. Benutzt man in den Bezirken, wo eine Klassenbewußte Arbeiterorganisation besteht, immerhin wird es Aufgabe aller freibürgerlichen Bürger sein, jeder Art der Sabotierung des Volksbegehrens energisch entgegenzutreten. Die bisher bekanntgewordenen „Künste“ der Ortsgewaltigen sind denn doch zu jämlich arrangiert, um Erfolg zu haben. Alle Mann auf die Schanzen — muß die Lösung sein, und Männer und Frauen müssen miteinander mitwirken, den Willen des Volkes zum ersten Male glänzend in Erscheinung treten zu lassen.

Für die entschuldigungslose Enteignung der deutschen Fürsten sprach gestern Abend in einer sehr stark besuchten Versammlung in Neufölln, Kirchhofstraße 11, Genosse Franz Künzler, M. d. R. In seiner fast zweistündigen Rede fernzeigte er die unerbürdlichen Forderungen der deutschen Fürsten, voran die der Hohenzollern, um dem deutschen Volke noch den letzten Blutstropfen auszuwaschen. Jeder, der noch einen Funken von Rechtsgefühl habe, müsse durch die Eintragung in die Listen des Volksbegehrens beweisen, daß er mit den deutschen Fürsten und ihren liebedienstlichen Anechten nichts mehr gemein haben wolle. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, der Partei für Freiheit und Recht, schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

In der Prinz-Handjery-Straße sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Dietrich unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Er konnte um so wirksameres Material für die Berechtigung der entschuldigungslosen Enteignung bringen, als sein Wahlkreis Thüringen bei der Durchführung der Fürstlichforderungen vollkommen dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben sein würde. 25 Fürstentümer zerschanden gegen dieses Land. Bei 1.600.000 Einwohnern sind allein 1 Million Mark für Prozeßkosten vorerst aufzubringen. Der Rechner bezog sich im wesentlichen auf die Lasten der wirtschaftlichen Not, die deutlich genug für die Forderung des Volksbegehrens und Volksentscheids sprechen; den Fürsten keinen Pfennig.

Im Lokal Genkl, Neufölln, Hermannstraße 213, sprach Genosse Stadtrat Konrad. In seinen einstündigen Ausführungen zeigte der Redner den zahlreichen Versammelten, wie die Fürsten dem armen Volke ungeheure Summen abpressen wollten. Mit einem infeuernden Appell, den letzten Mann für die Einzugslisten zu gewinnen, schloß der Redner seinen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Das erste Frühjahrgewitter.

Das erste Frühjahrgewitter mit Hagel, Schnee und Sturm ging gestern nachmittag über Berlin nieder. Kurz vor 3 Uhr setzte ein überaus starker Hagelschlag ein, dem bald Bliz und Donner folgten. Ein richtiges Frühjahrgewitter war im Gange. Dieses immerhin für die jetzige Jahreszeit etwas ungewöhnliche Naturereignis dauerte etwa drei Viertelstunden lang und zog in südwestlicher Richtung weiter. Die Ursache des Unwetters ist in dem Auftreten von kalten Luftmassen zu suchen, die sich von England dem Kontinent genähert haben. Schottland hatte am Dienstag 1 Grad Kälte zu verzeichnen. In einigen anderen Städten trat sogar Schneefall ein. Die kalten Luftmassen erreichten durch die herrschende West-Wind-Bewegung am Mittwoch Abend Norddeutschland. Dieser Kälteeinbruch und die starken westlichen Winde machten sich bereits Mittwoch Nacht und gestern vormittag bemerkbar. Die kalten Luftmassen schieben sich teilweise in die oben lagernden warmen Luftschichten und bringen so eine Trennung zustande. Das Bestreben der warmen Luft, über die kalte Zone hinauszustreifen, ergibt eine schnelle Kondensation des Wasserdampfes, die sich entweder in Regen-, Graupel- oder Hagelbildung äußert. In größeren Höhen erfolgen bei diesem Vorgang elektrische Entladungen, wie sie gestern nachmittag beobachtet werden konnten. Für die nächsten Tage wird eine Abänderung der Wetterlage kaum zu erwarten sein. Für Berlin und Umgegend sind weitere starke westliche Winde zu erwarten und es ist bei unbeständigem Wetter mit wiederholten Niederschlägen zu rechnen.

Die unzufriedenen Kranken.

Die weiblichen Kranken der Provinzialanstalt für Epileptiker an der Saarnander Chaussee in Potsdam veranfahten gestern Abend in der Anstaltskantine einen gemütlichen Abend mit Musik. Die männlichen Kranken nahmen diese Veranstaltung zum Anlaß, ihrem allgemeinen Unwillen über die Anstaltsleitung dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie, geführt von zwei Kranken, das Berggügel zu stören versuchten. Sie wurden zurückgewiesen. Aber am heutigen Morgen verweigerten die Kranken die Arbeit und bedrohten jeden Anstaltsbeamten beim Betreten des Krankenhauses mit Prügel. Bei dem Versuch, ihnen entgegenzutreten, kam es zu einem tödlichen Zusammenstoß, bei dem der Pfleger J. mit Hilfe von Stuhlbeinen und durch Fußtritte so schwer verletzt wurde, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Erst nach Eingreifen der Schutzpolizeiabteilung und der zwangswise Absonderung der Rädelsführer konnte die Ordnung wieder hergestellt werden. Inwiefern die Unzufriedenheit der Kranken berechtigt ist, wird eine Untersuchung des Landesdirektors und insbesondere die Vernehmung des Pflegepersonals ergeben.

Er wollte „sich rächen“.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern nachmittag auf dem Hochbahnhof Kordring in der Schönhauser Allee ab. Hirtsgärtner beobachteten dort, wie ein junger Mann ein junges Mädchen anredete, von ihm aber zurückgewiesen wurde. Sehr ging er

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 5. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Fran. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert. 6.35 Uhr abends: Herbert Rosen: „Der Wert und die Bedeutung des Briefmarkensammelns“. 7 Uhr abends: Karl Koppold: Fußballsport und Jugendverziehung. 7.25—8.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.25 Uhr abends: Abteilung Literatur. Hermann Kasack: „Deutsche Fremdenichtung“. (Mittelalter und Romantik). 7.55 Uhr abends: Abteilung Astronomie. Dr. Adolf Marcuse: „Eine Wanderung durch das Weltall. Die Kometen und Meteore“. 8.30 Uhr abends: Deutsche Frauenlyrik. Gesprochen von Martha Bably. 9—10 Uhr abends: Im Wald und auf der Heide. 1. Lindemann: Jägerliedermarsch (Berliner Funkkapelle). Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 2. Erich Schontek erzählt Jägerlatein. 3. Lortzing: Overtüre zu der Oper „Der Wildschütz“ (Berliner Funkkapelle). 4. a) G. D. Lorenz: Jägermarsch. b) Mendelssohn-Bartholdy: Der Jäger Abschied (Hornquartett des Berliner Funkorchesters). Karl Felzentrast. Paul Morzinek. Wilhelm Lemcke. Willi Gallo. 5. a) Franz: Willkommen, mein Wald. b) Schumann: Im Walde. c) Mendelssohn-Bartholdy: Jagdlied. d) Wolf: Der Jäger (Fred. Drissen, Bariton; am Flügel: Artur Andrae). 6. Nollstedt: Waldesrauber, Walzer (Berl. Funkkapelle). 7. a) Möhring: Waldlied. b) Mendelssohn-Bartholdy: Jagdstück (Hornquartett des Berliner Funkorchesters). 8. Erich Schontek erzählt Jägerlatein. 9. C. M. v. Weber: Fantasia aus der Oper „Der Freischütz“ (Berliner Funkkapelle). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Woitschach).

Königswusterhausen, Freitag, den 5. März.

3—3.30 Uhr nachm.: O. M. Alßeri und Fr. Gertrud von Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Lektor Mann und Studentat Friebel: Englisch für Anfänger. 4—4.30 Uhr nachm.: Karl Graef: Sprachtechnik. Vom „Vorne sprechen“. Vortrag und Übungen mit Partner. 4.00—5 Uhr nachm.: Frau Dr. Drewitz: Richtlinien bei der Auswahl von Schnittm. und Mustern für die Frauenkleidung. 7.30—8.05 Uhr abends: Dr. Bernstein: Gesunde Wohnung trotz Wohnungsnot (Zweigespräch). 8.05—8.15 Uhr abends: Regierungsrat Dr. Gialini: Reichs-Gesundheitswoche. 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

hinter dem Mädchen her die Treppe hinunter. Plötzlich schrie das Mädchen auf, weil er es mit einem Messer bedrohte. Als die Leute hinzuliefen, ergriff er die Flucht, wurde aber eingeholt und als ein 23-Jahre alter Hausdiener Hans Egeling festgehalten. Er hatte dem Mädchen Mantel und Bluse 20 Zentimeter aufgeschnitten. Wie die Vernehmungen ergaben, war Egeling mit dem Mädchen verlobt gewesen. Dieses hatte jedoch die Beziehungen zu ihm gelöst. Wie er sagt, wollte er sie, als er gestern zufällig seine frühere Braut traf, wieder anknüpfen. Als ihm das mißlang, wollte er die Kleidungsstücke, die er ihr geschenkt habe, durch einen Messerschnitt unbrauchbar machen, um sich zu rächen. Die Absicht, sie selbst zu verletzen, habe er nicht gehabt. Der junge Mann wurde der Kriminalpolizei eingeliefert.

Meineidsanzeige gegen Jürgens.

Kassel, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Verhaftung des Landgerichtsdirektors Jürgens, die bekanntlich in Kassel durchgeführt wurde, weiß das Kasseler Zentrumblatt heute morgen mitzuteilen:

Zum Donnerstag nachmittag vergangener Woche traf Jürgens in Kassel ein, um hier in einem gegen seine Frau durch die Mutter ihres ersten Mannes, Frau Kugel, angestregten Erbschaftsprozesse als Zeuge vorzutreten zu werden. Er befand sich unter Eid, daß die seiner Frau gehörigen und angeklagt durch den Diebstahl gestohlenen Schmuckgegenstände nicht aus dem Erbs des Kugelischen Nachlasses stammen, ein Eid, den die gegnerische Partei als einen Meineid auffaßte. Es wurde deswegen auch Anzeige erstattet. Die alte Frau Kugel ist durch die Nachschafften des Jürgens und seiner Frau um ihr gesamtes Hab und Gut gebracht. Am Tage vor der Abreise Jürgens' nach Kassel waren bekanntlich Obertribunalinspektor Schöller und Kriminaldirektor Blum in Jürgens' Wohnung gewesen und hatten ihn und seine Frau vernommen. Jürgens mußte als Jurist daraus den Ernst der Lage unzweifelhaft erfaßt haben, und um sich zu entlasten, griff er zu einem raffinierten Mittel. Nach dem am Freitag stattgefundenen Termin begab er sich zu einem ihm befreundeten Rechtsanwalt Wieser in Kassel und beauftragte diesen, die Scheidungsakten gegen seine Frau wegen Kontrahierung der vielen Schulden hinter seinem Rücken einzufleischen. Bei seiner Vernehmung in Berlin hatte er den vernehmenden Beamten gegenüber auf das entschiedenste bestritten, irgend etwas von den Schulden seiner Frau zu wissen.

Eine Beleidigung der Kirche.

Der erst zwanzig Jahre alte Kaufmann Heinz Jacoby, der Vetter des Blattes der jungen Anarchisten „Freie Jugend“, hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen öffentlicher Beleidigung der Kirche zu verantworten.

Vor einiger Zeit durchschleifte die ganze Welt eine Kunde von einem verwegenen Einbruch in die Schatzkammer zu St. Peter in Rom, der Residenz des Papstes. Die Tat konnte allerdings verheimlicht werden, die Beute in Höhe von 800.000 Lire wurde den Dieben wieder abgenommen. Von diesen Seiten gingen dem Kirchenfürsten herzliche Glückwunschtelogramme über den erfolglosen Raub auf seine Juwelen und sonstigen Kostbarkeiten teilnamsvoll zu. Hierbei sollte der Papst selbst über den hohen Wert seines Schatzes, der auf 100 Millionen beziffert wurde, einige Aufklärungen gegeben haben. Diese Ausführungen hatte J. zum Gegenstand eines geharnischten Artikels in seinem Blatte gemacht. Zwei Sätze waren es besonders, die zu der erhobenen Anklage führten. So sagte der Verfasser einmal: „Diese 100 Millionen sind zusammengeschildert worden“ und folgte daraus weiter: „Die Kirche ist also eine staatlich-konzessionierte Betrugsanstalt.“ Der Angeklagte gab unumwunden zu, der Verfasser des Artikels zu sein und machte sich erdicht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. J. wurde darauf vom Vorsitzenden befehrt, daß dies unzulässig sei, da es sich um eine Beschimpfung der Kirche handelte. In der Urteilsbegründung wurde dann hervorgehoben, daß der Angeklagte noch sehr jung, trotz seiner 20 Jahre schon verheiratet sei, und daß sein Gehalt ständig gewissen Schwankungen unterliege, da es sich in seiner Festlegung ganz nach dem Geschäftsgang seines Blattes richte. Aus diesem Grunde habe sich Jacoby, einerseits um Geld zu verdienen, dann aber auch wohl im jugendlichen Eifer, zu diesen Beleidigungen hinreißten lassen. Das gegen ihn erkannte Urteil von einem Monat Gefängnis wurde in eine Geldstrafe von 90 M. umgewandelt, die er in monatlichen Raten von 10 M. abtragen kann.

Der Autobusunfall am Schöneberger Ufer.

Die 3. Große Strafkammer des Landgerichts II fällt endlich das Urteil über die Schuldfrage an dem schweren Autobusunfall am Schöneberger Ufer am 8. Januar v. J. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der praktische Arzt Dr. Silberberg allein die Schuld an dem Unglück trage, und daß der in erster Instanz verurteilte Autobusführer Karl Neumann ohne Schuld in dieser Angelegenheit ist. Der Autobus könne nur durch einen äußeren Anlaß auf die Bordsteinkante gekommen sein. Dieser Anlaß liege in dem Zusammenstoß mit dem von Dr. Silberberg geleiteten Privatauto. Die Strafkammer verurteilte Dr. Silberberg zu 6 Monats Gefängnis, während der Kraftwagenführer Neumann unter Vorbehaltung des ersten Urteils freigesprochen wurde. Die Kosten des Verfahrens wurden

Dr. Silberberg auferlegt. Sein Verteidiger wird für Dr. Silberberg beim Reichsgericht Revision anmelden. Die Beurteilung hat für Dr. Silberberg noch weitgehendere Folgen, da er nunmehr von den Beteiligten und der Angehörigen des getöteten holländischen Kaufmanns Schadenersatzpflichtig gemacht werden wird.

Milde Richter.

Ein Schupowachtmeister, wie er nicht sein soll.

Den vorläufig seines Amtes enthobenen Wachtmeister bei der Schupo II führte eine für einen Beamten wirklich nicht alltägliche Anklage vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen mehrfacher Körperverletzung, Bedrohung und wegen räuberischer Erpressung auf der Straße mußte sich dieser allerdings noch recht jugendliche Beamte verantworten.

U. brachte noch einen gewissen Koganz früherer Zeiten mit in die Verhandlung. Bis 1918 hatte er auf einer Unteroffizierschule jenen Schneid und jenes Draufgängerium gelernt, die ihm scheinbar berechtigten, Amt und Uniform zur Plage seiner Mitmenschen zu tragen. Als er an einem dienstfreien Tage nach dem Besuch mehrerer Schaustätten in später Stunde durch die Alexanderstraße ging, rempelte er einen älteren Mann in rüchlichster Weise an und ging sofort zu Tätschleisen in unerhörtester Art über. U., der sich in Zivil befand, verlor seine bedeutend schwächeren Gegner bis zu einer ziemlich dunklen Stelle unter dem Stadtbahnbogen. Hier hieb er mit Häuten auf sein Opfer ein, das zu Boden stürzte. Dann soll der Angeklagte, wie der als Zeuge vernommene Ueberfallene unter seinem Eide auslagte, einen Revolver gezogen und gelacht haben: „So, jetzt gib dein Geld her!“ Als schließlich mehrere Passanten hinzukamen, habe U. sofort die Waffe und seinen Ausweis mit der feigen Bitte abgeliefert, ihn doch laufen zu lassen. Wenn auch nicht alle Vorgänge gänzlich geklärt wurden, so blieb dennoch durch die übereinstimmenden Aussagen der einwandfreien Zeugen so viel an ungläublicher Rohheit und Unwürdigkeit eines Polizeibeamten übrig, daß man über die mehr als milde Beurteilung dieser Taten sowohl durch den Staatsanwalt wie durch das Gericht erstaunt sein mußte. Obwohl keiner der Zeugen etwas von größerer Trunkenheit bemerkt hatte, selbst der Angeklagte behauptete, kaum angetrunken gewesen zu sein, nannte der Vertreter der Anklage die ganze Sache eine „höchst betrübene Gekschichte“, ließ die räuberische Erpressung als „nicht genügend geklärt“ fallen und beantragte gegen den angeklagten Schutzbeamten eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Das Gericht war ein wenig härter. Das immer noch sehr milde Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Ferner wurde beschloffen, die Verbüßung der Strafe auf drei Jahre auszuweichen, wenn der Angeklagte eine Geldbuße von 100 M. zahlt, für deren Tilgung ihm eine bequeme Ratenzahlung eingeräumt wurde. — Hoffentlich schützt das gelinde Urteil den bis zur Entscheidung dieses Verfahrens vom Dienst zurückgestellten Beamten nicht vor der endgültigen Entlassung. Derartige Beamte schädigen das Ansehen der Polizei, die ja im Volksstaat bemüht sein muß, um Vertrauen in der Öffentlichkeit zu werben, auf das empfindlichste. Und darum müssen solche Beamte rückfahrislos aus ihrem Dienst entfernt werden.

Das Urteil im Bartels-Prozess.

Das Ergebnis der vierwöchigen Gerichtsverhandlung war die Feststellung, daß passive Beamtenbestechung und Urkundenfälschung vorliegen. Die Urteilsbegründung sagt u. a.: „Das Gericht habe lange erwogen, ob nicht auf Zuschuss zu erkennen gewesen sei.“ Drei Momente hätten aber mildernd mitbestimmt: die Schwere der Anklage, die Nebenfolgen, die ihn durch die Verurteilung treffen, das Unbedeutende der Verbrechen — den Fall der Ausweisung. Richter ausgenommen. Wer nicht der ganzen Gerichtsverhandlung beigewohnt hat, darf sich ein Urteil über dieses Urteil nicht erlauben.

Die Verteidigung glaubte aber manchmal eine Boreingenommenheit des Vorsitzenden herauszuhören — ob mit Recht, sei dahingestellt. Bartels selbst, den das Urteil und insbesondere die äußerst scharfe ständige Beurteilung seines Verhaltens als Beamten sichtlich sehr stark zu treffen schien, gibt die Hoffnung nicht auf: er legt sie auf die Berufungsinstanz. Diese zweite Gerichtsverhandlung wird unter Teilnahme Holzmanns als Zeugen stattfinden können. Was dem Regierungsrat Bartels am meisten zur Last gelegt wurde, war der Umstand, daß er als hoher preussischer Beamter den besten Traditionen seines Standes untreu geworden ist. Man wird aber Bartels nie gerecht, wenn man ihn als ausgesprochen preussischen Beamten beurteilt. Seine Laufbahn hat im Ausland begonnen; und daß dieses Ausland das norrevolutionäre Ausland war, ist ihm zum Verhängnis geworden. Nur aus den damals dort herrschenden Beamten sitten oder unsittigen seit seine Verheiratung zu verstehen. Er verwarf, daß Verquickung persönlicher Gefälligkeiten mit Dienstpflicht unabweigerlich den Weg zur Pflichtwidrigkeit ebne. Daß er aber sich mit Holzmann verband und seine Beziehungen selbst dann aufrecht erhielt, als für ihn kein Geheimnis mehr sein konnte, wer Holzmann war, bedeutete ein Verbrechen gegen die Beamtenwürde und gegen sich selbst. Bartels bedurfte Holzmanns. Er bedurfte seiner ruffischen Beziehungen, er betrachtete seine Beamtenlaufbahn als etwa Vorübergehendes und hoffte, irgendwann wieder eine kommerzielle Tätigkeit aufzunehmen. Die zweite Instanz wird ihr endgültiges Urteil fällen. Wie es aber ausfallen sollte: Bartels hat sich durch seine Handlungen die Beamtenlaufbahn ein für allemal verworden. Er hat durch seine Handlungen das Ansehen des Fremdenamts schwer geschädigt. Trotzdem muß gesagt werden, daß Bartels ein Menschenfreund war. Er machte keinen Unterschied zwischen reich und arm, zwischen rechts und links. Er half, wo er konnte: das wurde immer wieder von Zeugen bestätigt. Wenn sein Leichtsinn und seine Charakteristika wähe zur Quelle seiner Verheiratung geworden sein sollten, so befielt er doch auch andere Eigenschaften, deren er sich nicht zu schämen braucht. Das hat auch das Gericht trotz aller Schärfe seiner Urteilsbegründung anerkannt.

Bei der sogenannten „Eierfahrt“ sind bekanntlich am diesjährigen Karfreitag zwei junge Leute im Müggelsee ertrunken. Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht gelungen, ihre Leichen zu finden. Gestern vormittag wurde nun am Freibad Rahnsdorf die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Man erkannte in dem Toten den seinerzeit ertrunkenen Kaufmann Ballokat. Die Leiche seines Hatzigenossen, des Studenten Wohmann, ist noch nicht geborgen.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gegen 6 Uhr Abend an der Bülowstraße in der Nähe der Potsdamerstraße. Ein Wagen der Elektrischen Nr. 64 überfuhr eine etwa 50-jährige Frau. Die Augenzeugen schildern, hat die Berufung eine verhältnismäßig niedrigen dunkel angestrichenen Bauzaun erst im letzten Augenblick gesehen. Als sie sich zurückwandte, wurde sie von der in schneller Fahrt heranrückenden Straßenbahn erfasst und geriet völlig unter den Wagen. Der Unglücklichen wurde der Brustkorb völlig eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Führer der Straßenbahn trifft anscheinend keine Schuld. Es wird Pflicht der zuständigen Polizeiverwaltung sein, nachzuprüfen, ob die Farbe des Bauzauns in der ganzen Bülowstraße nicht derartig geändert werden muß, daß er in der Dunkelheit besser erkennbar ist.

Die Finanzämter des Landesfinanzamtsbezirks Berlin erlassen im heutigen Anzeigenteil eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1925 und 1924/25.

Zu dem Grubenbrand auf der Jecher Raddod wird gemeldet, daß das Wasser im Hüllort der 4. Sohle den Brandbeerd erreicht hat. Damit dürfte der Brand selbst als gelöscht anzusehen sein.

Die Berliner Privatlyzeen.

Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Unterstützung des Zemtsechen Lyzeums in der Fruchtstraße (Bezirk Friedrichshain) gemacht. Wie vor drei Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion auch diesmal die Vorlage abgelehnt. Wenn die Schule aufgelöst würde, wäre es jetzt noch eher als im Jahre 1923 möglich, die Schülerinnen in städtischen Schulen unterzubringen. Damals hatte das Lyzeum von Zemtse 900 Schülerinnen, jetzt hat es aber nur 570. Damals gab es in dem Bezirk Friedrichshain kein städtisches Lyzeum, jetzt gibt es aber ein solches. Außerdem können viele von ihnen Lyzeen besuchen, die in den anderen Bezirken in der Nähe der Grenze des Bezirks Friedrichshain liegen, z. B. das Königsstädtische Lyzeum, die Lyzeen in Treptow und Lichterberg.

Herr Direktor Zemtse kann sich nicht über eine harte Behandlung beklagen. Denn er selbst hat vor einigen Jahren den ihm angebotenen Zuschuß abgelehnt, weil er nicht die Vorschule abbauen wollte. Als er sich in seiner Erwartung getäuscht sah, auf diese Weise ein besseres Geschäft zu machen, trat er an die Stadt mit dem Vorschlag heran, ihm sein Lyzeum abzukaufen. Der Magistrat lehnte das Angebot, das ihm gerade zur Zeit der Inflation gemacht wurde, aus finanziellen Gründen ab. Für die Abkehrung der Vorlage durch die SPD ist auch der im Jahre 1922 gefasste, aber bis jetzt noch nicht aufgehobene Stadtvorstandsbeschluß maßgebend, daß die Lyzeen, die früher den Zuschuß der Stadt abgelehnt hatten, auch dann nicht unterstützt werden sollten, wenn sie später mit dem Abbau der Vorschule beginnen würden. Die Sozialisten erkennen bei der pädagogischen Bewertung der Privatlyzeen unumwunden an, daß diese durch Erprobung von neuen pädagogischen Zielen und Unterrichtsweisen nicht selten bahnbrechend gewirkt haben. Ich erwähne aus der Geschichte der Pädagogik die Schulen, die von Salzmann, Basedow, Campe geleitet wurden, von den bedeutendsten Pädagogen der Gegenwart die von Pestalozzi und Berthold Otto. Die staatlichen Schulaufsichtsbehörden, deren Notwendigkeit nicht bestritten werden soll, wirken leider auf die Entfaltung von starken pädagogischen Individualitäten in öffentlichen Schulen oft lähmend. Wenn ein Privatlyzeum für den Fortschritt der Pädagogik dieselbe Bedeutung wie die erwähnten Schulen hätte, so würde die Sozialdemokratie eine Unterstützung warm befürworten. Die Privatlyzeen sind aber geschäftliche Unternehmen. Ganz abgesehen davon, daß an Unterrichtsmitgliedern oft zu sehr gepart wird, ist es das Bestreben der Direktoren, glänzende Vergehungen zu erzielen, damit keine Schülerin abgeht, weil sie in einer Klasse sitzen geblieben ist. So wird die Schule eine Sammelstätte der Schülerinnen, die in einer öffentlichen höheren Schule nicht mitkommen können, deren Eltern sich schämen, wenn ihre Kinder neben den Arbeiterkindern auf einer Schulbank sitzen müßten. Die Schüler und Schülerinnen, die trotz ihrer schlechten Leistungen verbleiben, beeinträchtigen aber den Fortschritt der anderen. Solche Privatlyzeen fördern die Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern und sind somit ausgesprochene Standeschulen. Daher lehnt der Deutsche Lehrerverein, in dem die Mehrheit der deutschen Volksschullehrer organisiert ist, ihre Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ab. Da an den Privatlyzeen dem wirtschaftlichen Interesse des Direktors das pädagogische Interesse an dem Fortschritt der Schülerinnen untergeordnet ist, so ist es nicht zu verwundern, daß die Lehrer und Lehrerinnen der Privatschulen meist ein sehr geringes Gehalt beziehen, obwohl sie dieselbe Vorbildung wie ihre Kollegen und Kolleginnen an den öffentlichen Schulen haben und sich von ihnen in der Aufopferung für die ihnen anvertrauten Kinder nicht übertreffen lassen.

Aus diesen Gründen müßte die Stadt die Privatlyzeen allmählich in ihren Besitz bringen und somit die Sünden der Vergangenheit wieder gut machen. Denn die Körperschaften der früheren Stadt Berlin haben wenig für die höhere Bildung der weiblichen Jugend getan. In Alt-Berlin gibt es 39 städtische höhere Knabenschulen, aber nur 11 städtische höhere Mädchenschulen. Das weibliche Geschlecht hat daselbst Anspruch auf Bildung wie das männliche; daher hat die weibliche Jugend, solange wir noch keine Einheitschulen haben und solange die gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter in den höheren Schulen nicht durchgeführt ist, daselbst Anspruch wie die männliche Jugend auf Schulen, in denen eine höhere Bildung vermittelt wird. Das ist die folgerichtige Entwicklung der Befreiungen, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts einsetzten, als es überhaupt noch keine öffentlichen höheren Schulen für die Mädchen gab.

Dr. Erich Witte.

Die Parks der Stadt Berlin.

Bei dem Zusammenschluß der ehemaligen 94 selbständigen Gemeinden zur Großgemeinde Berlin am 1. Oktober 1920 waren 60 Parks mit insgesamt 86 100 Ar Flächeninhalt vorhanden. Das steigende Bedürfnis nach Spiel- und Sportplätze für die Jugend ließ die vom Oberbürgermeister begründete Stiftung „Park, Spiel und Sport“ entstehen. Trotz der schweren Not konnten mit deren Hilfe in wenigen Jahren zahlreiche Sportplätze geschaffen werden. Als Park ist natürlich nicht jede kleine grüne Fläche auf freiem Platz oder in den Hauptstraßen anzuspüren, auf der anderen Seite bildet die Grenze der Wald. Keine Spiel- und Sportplätze sowie Parks, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, haben bei den von den Bezirksämtern vorgenommenen Erhebungen ebenfalls keine Berücksichtigung gefunden. In dem so eingeschränkten Sinne sind die Parkanlagen selbst um 10 vermindert worden, so daß Berlin jetzt deren 70 zählt mit einem Flächeninhalt von 115 864 Ar. Diese 70 Parks sind recht ungleichmäßig verteilt. Auf den Bezirk Charlottenburg entfällt allein fast ein Viertel, nämlich 27 215 Ar der gesamten Parkfläche. Demgegenüber steht der Bezirk Prenzlauer Berg, der überhaupt keinen Park innerhalb seiner Grenzen hat. Nach Charlottenburg kommt Bezirk Tiergarten mit 24 011 Ar, ihm folgt Treptow mit 16 333 Ar. Diese drei Bezirke erfreuen sich also über die Hälfte (58,3 Proz.) der gesamten öffentlichen Parkfläche Berlins. Die westlichen Bezirke haben außerdem den Vorzug, an das Gebiet des schönsten Wald- und Seengebietes der nahen Berliner Umgebung anzugrenzen. Der Bezirk Köpenick und die Nordbezirke sind in fast ähnlich günstiger Lage. Dagegen sind das Zentrum der Stadt und der Nordosten Berlins in bezug auf Parkanlagen recht dürftig bedacht. Hier wohnen große Massen von Arbeitern in elenden Licht- und luftarmen Hinterhäusern. Hier gilt es vor allem nachzuholen, was die Vergangenheit veräumt hat.

Die Erschließung von Nord-Charlottenburg.

Die Notwendigkeit, den nördlich des Spree liegenden unbauten Teil des Gebietes in Charlottenburg baldigst der Bedienung zu stellen, wird vom Berliner Magistrat in einer Vorlage betont. Es handelt sich um den Ankauf eines Grundstücks am Siemensdamm, das mit nur 870 Quadratmeter Flächeninhalt nicht viel zu bedeuten scheint. Der Magistrat hebt aber hervor, daß dieses Grundstück eine wertvolle Erweiterung der Auenflächen bildet, die für den in Aussicht genommenen Bau eines Nordkanals gebraucht werden. Er empfiehlt weiter den Ankauf auch deshalb,

weil die Stadt ihren Grundbesitz in Nord-Charlottenburg erweitern müsse. Einer der wichtigsten zum Ankauf befreienden Gründe sei die zurzeit herrschende Wohnungsnot. Unumgänglich nötig scheine es, daß der unbebaute Stadteil jenseits der Spree möglichst bald der Regulierung und Bebauung erschlossen wird. „Es würde“, sagt die Begründung, „einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Lösung der schwebenden Verkehrs- und Städtebauprobleme Berlins bedeuten, wenn die Stadt in jener Gegend sich einen größeren Bodenbesitz verschafft. Die Frage der Bänderung der Wohnungsnot und des Problems der Ansiedlung der 40 000 in Siemensstadt tätigen Arbeiter und Angestellten würden durch die Erweiterung des städtischen Grundbesitzes einer Lösung erheblich näher gerückt werden.“

Aus den Bezirken.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die Bezirksversammlung am Mittwoch konnte durch die endlose Reherel der Kommunisten kaum ein Drittel ihrer Tagesordnung erledigen. Zu Eingang midmete Genosse Bürgermeister Wielich den ausscheidenden Stadträten Worte des Dankes und führte die Neu- und Wiedergewählten — die Genossen Gensch, Günther und Müller, die Kommunisten Bänisch und Gläyer und den Deutschnationalen Timm — in ihr Amt ein. Einem Dringlichkeitsantrag, im Krankenhaus Friedrichshain eine Einzelkammerstelle für das Volksbegehren einzurichten, wurde zugestimmt. Bürgermeister Genosse Wielich faate Berücksichtigung zu. Verschiedene kleine Anfragen wurden schnell durch zufriedenstellende Antworten des Bezirksamtes erledigt. Genosse John begründete ausführlich eine Anfrage unserer Fraktion, inwieweit im Bezirk eine Zunahme der Geschlechtskrankheiten unter Kindern zu verzeichnen sei. Stadtrat Gen. Dr. Grumach erklärte, daß von einer Zunahme keine Rede sein könne. Es hätten sich die Verhältnisse vielmehr gebessert. Der Kommunist Tscharniet leistete sich bei der Besprechung die „Jeffstellung“, daß die Sozialdemokraten für eine Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten verantwortlich seien, da sie durch die Bewilligung der Kriegskredite — die Kriegs-Prostitution gefördert hätten. (1) In der gleichen Debatte gab es eine Unterbrechung der Sitzung, als der Kommunist Holzäcker unserem Genossen Buchmann gegenüber handgreiflich zu werden versuchte. Auch ein Beispiel vom „christlichen Willen“ zur „Einheitsfront“. Die Anfrage unserer Fraktion nach den Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche beantwortet Stadtrat Gen. Klobi. Das Jugendum hat hier außerordentlich viel getan. 380 Jugendliche sind in Tagesheimen zusammengelassen und erhalten gutes Essen. Bildende und unterhaltende Veranstaltungen sind für sie getroffen. Hiermit im Zusammenhang stand ein Antrag unserer Fraktion einstimmige Annahme, der die Schaffung eines Zufluchtsheimes für obdachlose Jugendliche verlangt.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Von den durch die Bezirksversammlung gewählten unbesoldeten Mitgliedern des Bezirksamtes wurden gestern in ihr Amt eingeführt: Dr. Marsch und Badite (Dopol.), Bänischow (D. Sp.), Dr. Stadthagen (Dem.), Bunge (Wirtschaftsportal), Alfred Witt (Soz.). Der Kommunist Emers konnte nicht eingeführt werden, weil seine Wahl durch den Oberpräsidenten nicht bestätigt worden ist. Die Sozialdemokraten wandten sich scharf gegen die Verlegung des Selbstverwaltungsrechts, das in dieser Nichtbestätigung zum Ausdruck komme. Zur Wahrung der Würde und des Ansehens der Versammlung verlangten sie vom Bürgermeister, beim Oberpräsidenten anzufordern, welche Gründe für die Nichtbestätigung des Kommunisten vorliegen. Die Kommunisten hätten einen Protestantrag eingereicht und schlossen sich der Auffassung der Sozialdemokraten an. Die vereinigte bürgerliche Fraktion in Verbindung mit der Fraktion der Mitte stimmte gegen diesen Antrag. Eine Anfrage beschäftigte sich mit der Befestigungsaffäre in Charlottenburger Wohnungsamt. Die Angelegenheit ist bereits in der Abendgabe des „Vorwärts“ richtig dargestellt worden. Es sind hier nur noch kurz nachzutragen die Erklärungen der Vertreter des Bezirksamtes. Das Bezirksamts hat sofort, als ihm der Fall bekannt wurde, eine strenge Untersuchung veranlaßt, die jedoch nichts Befestendes ergab, weil dem Bezirksamts das Recht einer eiblichen Vernehmung nicht zusteht. Durch die Rüge gegen den Wohnungsmittler Uckermann, der den Vorwurf der Befestigung gegen Stadtobersekretär Schön und den Hilfsangestellten Hubrich erhoben hatte, konnte das Bezirksamts gegen Schön und Hubrich eingreifen. Schön wurde zur Disposition gestellt und Hubrich wurde entlassen. Zurzeit schwebt ein Verfahren gegen beide bei der Staatsanwaltschaft III. — Ganz energisch müssen alle Versuche zurückgewiesen werden, diesen Einzelfall zu verallgemeinern und aus Anlaß desselben gegen die Wohnungswangswirtschaft aufzutreten. Diese ist unter keinen Umständen zu entbehren und bietet für weitere Schritten der Bevölkerung noch immer einen wirksamen Schutz. — Durch eine Anfrage wollten die Sozialdemokraten feststellen, ob die Schwierigkeiten, die sich dem Neubau der Westendchule und der Gewerbe- und Berufsschule entgegenstellten, beseitigt worden sind. Für den Bau der Westendchule hatte das Charlottenburger Bauamt ein Grundstück vorgeschlagen, dessen Lage so war, daß sämtliche Fenster des Baues nördliche Richtung bekommen hätten, was aus gesundheitlichen Rücksichten zu vermeiden ist. Diese Schwierigkeiten sind beseitigt, weil man nun endlich ein geeigneteres, besser gelegenes Grundstück gefunden hat. Das für die Gewerbe- und Berufsschule in Aussicht genommene Gelände ist nach Ansicht der Berliner Zentrale aus dem Grunde ungeeignet, weil der Untergrund sumpfig ist und Kosten von über eine Million Mark notwendig wären, um dem Boden die nötige Tragfestigkeit zu geben. Das Charlottenburger Bauamt berechnet die zur Befestigung notwendigen Kosten nur auf 300 000 bis 400 000 Mark. Zurzeit werden zur Untersuchung des Untergrundes neue Bohrungen veranlaßt. Hoffentlich nehmen diese Reibstreitigkeiten bald ein Ende, damit die dringend notwendigen Bauten noch in absehbarer Zeit ausgeführt werden können. Für das Kinderheim Charlottenburg in Hermsdorf wurden zur Beschaffung von Baumstoffe 1000 Mark bewilligt und für das Schwimmerische Waisenhaus für arme Charlottenburger Kinder in Rawow 1. Rom. soll für dringliche Bauarbeiten bei den städtischen Körperschaften die Bewilligung von 76 000 Mark beantragt werden. Abschluß entspann sich über die Auslegung der Entlohnungslisten zum Volksbegehren eine längere Debatte, über die wir an anderer Stelle berichten.

14. Bezirk — Neukölln.

In der am 8. März tagenden Bezirksversammlung wurde von offen Parteien nachfolgender Antrag angenommen: „Das Bezirksamts wolle beim Magistrat vorstellig werden und diesen veranlassen, den Wohlfahrtsämtern nötigenfalls weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese die Möglichkeit haben, in Not geratenen Mieter, die nicht in der Lage sind, ihre Miete aufzubringen, in weitgehenderem Maße als bisher zu unterstützen, um sie vor der Ermüdung zu schützen. Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Mietszuschüsse nicht auf die Unterfügung

in Anrechnung zu bringen. Einstimmigkeit erzielte auch ein weiterer Antrag, in dem das Bezirksamts ersucht wird, bei der Reichsbahndirektion dahin vorstellig zu werden, daß die über den Söhring fahrenden Züge wieder wie früher über die Stadtbahn geleitet werden. Am Schluß behandelte die Versammlung einen Antrag der Kommunisten, der die Veröffentlichung eines Aufrufs durch Säulenanschlag aus Anlaß des Volksbegehrens vom Bezirksamts verlangte. Unsere Fraktion ließ durch Genossen Harnisch erklären, daß wir diesem Verlangen, das Bezirksamts zu politischen Kundgebungen zu veranlassen, entgegen den gesetzlichen und ministeriellen Bestimmungen, nicht nachkommen können und deshalb diesen Antrag der SPD. ablehnen. Bei der Abstimmung darüber blieb die SPD. allein.

15. Bezirk — Treptow.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung wurden durch den Genossen Bürgermeister Grundm die neugewählten Stadträte in ihr Amt eingeführt. Genosse Strieder kam auf einen Bericht in der „Roten Fahne“ über die letzte Sitzung der Bezirksversammlung zu sprechen und erklärte dabei vor der Versammlung, daß die Angaben in diesem Bericht über Vergebung der Tribünenkarten mit der Wahrheit nicht übereinstimmen. Der Vertreter der SPD. erklärte unter Anwendung allgemeiner Redensarten, daß dieser Bericht nicht von einem Mitglied der kommunistischen Fraktion geschrieben sei. (Er erkannte also die Unwahrheit der Berichterstattung an.) Einen eingehenden Bericht erstattete der Genosse Lempert über die Verhandlungen im Rechnungsausschuß bezüglich des kommunistischen Erwerbslosenantrages. Unter allgemeiner Heiterkeit und Zustimmung der Versammlung konnte der Berichtsteller nachweisen, daß die Kommunisten sich selbst im Ausschuß überzeugt haben, daß sie vom Bezirksamts unmögliche Dinge verlangt haben. Zwischenrufe der Tribünenbesucher kennzeichneten das Verhalten der SPD. als Demagogie. Nachfolgender Antrag des Rechnungsausschusses fand einstimmige Annahme: „Der Rechnungsausschuß empfiehlt der Bezirksversammlung zum Antrage der SPD. zu beschließen: Das Bezirksamts wolle beim Magistrat dahin vorstellig werden, daß letzterer energisch auf die Reichsregierung in der Richtung, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, einwirkt. Daß ferner bei anhaltender Kälte Heizmaterial in der bisherigen Weise über den 1. April 1926 weitergeliefert wird. Auch zu Punkt 7 und 8 wird eine Nachprüfung bzw. ein Vorstelligwerden des Berliner Magistrats bei den zuständigen Stellen zugunsten der Erwerbslosen ermahnt. Der Rechnungsausschuß stimmt, nachdem nochmals von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses und des Bezirksamtes über die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Bezirkes und den zuständigen gesetzlichen Bestimmungen Kenntnis gegeben wurde, der Ansicht des SPD.-Vertreter im Ausschuß zu, daß der Antrag der SPD. nicht vom Bezirksamts verwirklicht werden kann, um nicht der Reichsbehörde zum Eingreifen und zur Sperrung der Gesamtunterfügung Veranlassung zu geben. Der Ausschuß stellt einstimmig fest, daß das Bezirksamts alles für die Erwerbslosen getan hat, was im Bereich der Möglichkeit stand.“

Annahme steht unumstritten das seltsame Verhalten der SPD.-Vertreter klar vor den Augen aller Bezirkeinswohner und insbesondere der Erwerbslosen. Wenn man bedenkt, daß sich nach der ersten Behandlung des Antrags der Heberfall auf den Genossen Lempert ereignete, hervorgerufen durch die Aushebung der Kommunisten, dann versteht man die von diesen Leuten so oft gepriesene „Einheitsfront“ zu würdigen. In der Geschichte der SPD. ein wahrlich ergötzliches Schauspiel! Bei der Behandlung eines Antrages auf entschädigungslose Entlassung der abgelehnten Fürsten verließen die Rechtsblöcker den Saal. Die gleichen Rechtsblöcker hatten verschiedene Anfragen und Anträge gestellt. Sie verzichteten auf eine Behandlung dieser und bewiesen damit, daß sie es mit ihren Anregungen durchaus nicht ernst meinten. SPD. und Rechtsblock spielten in dieser Sitzung eine äußerst traurige Rolle. Es wäre wünschenswert, wenn das der gesamten Bezirksbevölkerung bekannt würde. Schließlich fand noch ein Antrag der SPD. einstimmige Annahme, der gegen die Nichtbestätigung des Stadtvorordneten Preising als unbesoldeter Stadtrat protestierte.

Subtilen. Ihre edelste Schachtel feierten am 4. März die Eheleute Rosz und Euse Bannack, geb. Wilmann, Wilmannsstr. 34, mit 3 T. Ein leben in blühenden Verhältnissen. — Am 1. März feierte der Friseur Hermann Rausch, Wilmannsstr. 10, seine Albertas Schachtel. Die Heirat war es an diesem Tage 2 Jahre her, das „Vorwärts“.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
 Einblendungen für diese Rubrik sind
 Berlin, S.W. 44, Lindenstraße 2.
 Rechts an das Bezirkssekretariat,
 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Die Abteilungen 51, 68, 70, 79, 124 und 138, die
 sämtlich über 100 bis 480 Mitglieder zählen, haben trotz Mahnes
 noch immer keine Abblagszahlung geleistet, trotzdem wir uns schon
 im letzten Monat des Quartals befinden. — Die Reklamen
 werden hierdurch dringend ersucht, für strikte Innehaltung der Be-
 schlüsse zu sorgen.
 J. A. Alex Pagels

Wettbewerb

12.500 Goldmark in bar und in Treppenzinsen ver-
 teilen wir
 für gute Ideen und Anregungen, z. B.:
 für Bildzeichnungen;
 für Texte zu Bildern;
 für kurze, schlagwortartige Satzgebildungen wie etwa:






Ein Kennzweig von
Dr. Schröder's Aufbausatz
 ist mit diesem Wettbewerb nicht verbunden.

Nähere Bedingungen kostenlos in allen Apotheken und
 Drogerien erhältlich, oder durch die Generalvertretung

„Vita“ Vertriebs-Büro, m. b. H., Berlin SW 48,
 Besselstr. 39, 1. Stock, Ecke Charlottenstr.
 Telefon: Dönhof 349

Winzerdebatte im Reichstag.

Ursachen und Folgen der Winzernot.

Bei der gestrigen Winzerdebatte im Reichstag sprach für die Sozialdemokratie, wie wir schon kurz meldeten, Genosse Kirchmann. Er stellte zunächst fest, daß es sich bei den Reklotten in Bernkastel nicht um einen Separatistenputsch gehandelt hat. Es freut uns außerordentlich, daß die Rechte auf einmal so großes Verständnis für die Ursachen von Revolten und für die Menschen aufbringt, die aus einer leidlichen Not heraus zu solchen Maßnahmen greifen. Wir bitten Sie, bei ähnlichen Dingen in den Städten und Industriegebieten uns auch Ihre Begeisterung zur Verfügung zu stellen, damit es uns auch da gelingt, mit demselben Verständnis das gleiche Verständnis gegenüber den Betroffenen vorzugeben, wie es in Bernkastel geschehen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen, daß Sie später einmal bei Parallelerziehungen das gleiche Verständnis aufbringen. Die Not in den Weinbaugebieten ist eine von uns längst erkannte Tatsache. Wir wissen, daß die Romantik, mit der viele Nichtkenner des Weingebietes die Gegend und die Menschen heute noch umkleiden, längst nicht mehr besteht. Wir haben dort einen Schlag von Arbeitern, von selbständigen Bauern, die unter den schwersten Bedingungen arbeiten müssen. (Zuruf des Abg. Becker (D. Sp.): Die wollen aber auch nicht umgestedt sein!) Nein, Sie wollen nicht umgestedt sein. Herr Kollege Becker, ich hätte von Ihnen am allerwenigsten diesen Zwischenruf erwartet, denn ich sehe von Ihnen voraus, daß Sie das, was Hilferding gesagt und geschrieben hat, besser verstehen als die parteipolitischen Demagogen, die draußen im Lande damit politische Geschäfte zu machen versuchen.

Schon in den vierzig Jahren des verfloffenen Jahrhunderts hat Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erste Abhilfemaßnahmen gegen die Not der Weinbauern gefordert.

Subventionen, Steuererleichterungen und ähnliche Dinge sind nicht das, was die Winzer in ihrem eigenen Interesse fordern müssen. Allerdings sind die Praktiken, die in manchen Finanzämtern und namentlich in Bernkastel üblich waren, so, daß der Herr Finanzminister sich nach diesen Dingen genauer umsehen sollte. Auch wir sehen die tiefste Ursache der Winzernot darin, daß es nicht möglich ist, den Absatz zu sichern, der auf Grund der Produktion notwendig wäre. Aber der mangelnde Absatz hängt nur sehr bedingt mit dem spanischen Handelsvertrag zusammen. (Zuruf von den Deutschnationalen: Ihre Partei und auch die Volkspartei hat doch dafür gesorgt, daß der spanische Handelsvertrag seinerzeit angenommen wurde.) Wenn schon Vorwürfe auf Grund des spanischen Vertrags bestehen, dann erheben Sie diese Vorwürfe nicht gegen die Sozialdemokratie, die sich damals der Stimme enthielt, um Sie zu zwingen, Regierungspartei zu sein. Dann seien Sie doch so ehrlich zu sagen: Wir sind es gewesen, die den deutschen Winzern die Absatzmöglichkeiten unterbunden haben. Wir sind allerdings der Meinung, daß die mangelnde Absatzmöglichkeit mit der allgemeinen Wirtschaftskrise zusammenhängt und daß die Mehrzahl der Deutschen lieber einen deutschen Wein als einen ausländischen trinkt. Die spanischen Weinstuben in Deutschland sind genau so leer wie die deutschen Weinrestaurants, weil es dem deutschen Konsumenten nicht möglich ist, Wein zu trinken.

In dieser allgemeinen Wirtschaftskrise liegt in erster Linie die Ursache der Winzernot, nicht in der Tatsache, daß eine Zerstörung unter erleichterten Bedingungen spanischer Wein in Deutschland eingeführt wurde.

Die Weinbändler sehen heute auf dem ausländischen Wein genau so fest, wie auf dem deutschen. Diese Absatzkrise ist nicht damit zu beseitigen, daß man die Einfuhr sperrt, sondern man muß die Möglichkeit schaffen, daß der Konsument ein Einkommen hat, das ihm gestattet, auch über die unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse hinaus, einmal ein Glas Wein zu trinken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie den Winzern helfen wollen, dann treiben Sie mit uns eine Wirtschafts- und Handelspolitik, zugleich aber auch eine Sozialpolitik, die die große Masse der Lohnempfänger in Deutschland in die Lage versetzt, den Schnaps zu lassen, und dafür Wein zu trinken. Wenn wir schadenfroh wären, dann könnten wir uns aus parteipolitischen Gründen darüber freuen, daß Sie (zum Zentrum) auf Grund der von Ihnen nicht gebildeten demagogischen Agitationspolitik gegen den spanischen Handelsvertrag in Bernkastel einen sehr wenig freundlichen Empfang gefunden haben. Sie hätten im Interesse der Wirtschaft und der Weinbauern dem Herrn Direktor Faust in Bullay, der blutigrote revolutionäre Reden gehalten hat, beiseite die Jügel anlegen sollen, damit nicht diese verlogene Politik, die den Weinbauern den spanischen Vertrag als das drohende Gespenst hinhielt, zu diesen Vorgängen führe. Sie haben das unternommen und dafür jetzt die Quittung bekommen. Es muß eben nichts, den anderen in der Demagogie übertreiben zu wollen, man wird immer dabei Piaso erleben. So

klug war man natürlich, diese Agitation nicht durch Abgeordnete treiben zu lassen, das machten die kleinen Kläffer draußen.

Man macht uns den Vorwurf, daß wir aus Rücksicht auf die Industriearbeiterschaft kein Verständnis für die Weinbauern hätten. Tatsächlich haben wir immer auf dem Standpunkt gestanden, man müsse versuchen, die beiderseitigen Interessen so wahrzunehmen, daß keiner durch den anderen geschädigt wird. Wir begrüßen die Begeisterung, mit der man dem Notstand der Winzer zu begegnen sucht,

allerdings mußten wir sehr oft feststellen, daß der große Notstand der Erwerbslosen bei den bürgerlichen Parteien nicht das gleiche Verständnis gefunden hat.

Wir wollen den Winzern helfen in dem Sinne, wie wir schon im Sommer im Steuerauschuß gearbeitet haben. Erinnern Sie sich doch, daß wir damals den Vorschlag machten, die billigen Konsumweine restlos von der Weinsteuer zu befreien. Es ist dann ein Kompromiß zustande gekommen, wonach ein Drittel des Weinsteuerertrags den Weinbauern als Unterstützung gegeben werden sollte. Diese Unterstützung ist bis jetzt nicht ausgezahlt worden, weil die Steuer nicht den Ertrag brachte, den man vorher errechnet hatte. Das beweist doch, daß die ganze Angelegenheit nicht eine Frage des Zolls oder der Steuern, sondern eine Frage allgemeiner Wirtschaftspolitik ist, d. h., daß man den Absatz haben muß durch eine Befreiung des Wirtschaftslebens überhaupt. Wir werden in den Ausschüssen mitarbeiten, um die Notstände in den Weinbaugebieten zu beseitigen. Dabei denken wir allerdings auch an die Angehörigen der Nebenbetriebe, an diejenigen, die in allen Anträgen vergessen sind, nämlich an die Weinbauarbeiter. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker (D. Sp.): Zu der allgemeinen Wirtschaftskrise ist für den Weinbau noch der Rückgang der Ausfuhr durch die Trockenlegung großer Länder gekommen. Andererseits hat sich die Einfuhr ausländischer Weine nach Deutschland bedenklich gesteigert. Die Handelsverträge müssen so gestaltet werden, daß der deutsche Weinbau dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleibt.

Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Marx führt aus, der Regierung sei bekannt, daß der Winzerstand sich seit 3 Jahren in der furchtbarsten Notlage befindet. Die Regierung habe schon bisher mit größter Aufmerksamkeit diese Notlage beobachtet und im vergangenen Jahre 30 Millionen für Personalkredite an die Winzer den Ländern zur Verfügung gestellt. Im letzten Monat seien weitere 12 Millionen bewilligt worden, die schleunigst zur Verteilung an die Winzer kommen sollen.

Die Ausschreitungen in Bernkastel werden zwar von der Regierung bedauert und gemißbilligt, aber sie werden nichts ändern an der Hilfsbereitschaft für den Winzerstand, dessen Erhaltung als ein Bedürfnis der deutschen Wirtschaft anerkannt wird.

Der Bevölkerung muß jedoch klar gemacht werden, daß solche Ausschreitungen das aller ungeeignetste Mittel zur Behebung der Not sind. Wo Mißbräute vorgekommen sind, wird die Regierung für Abhilfe sorgen. Ueber das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung wird im Ausschuß berichtet werden. Die Regierung wird alles aufwenden, um der Not des Weinbaues abzuhelfen.

Abg. Hoerle (Komm.) wendet sich gegen die Beschlagnahme und Zwangsversteigerungen, die auf Veranlassung der Finanzämter im Weingebiet der Reisel in großer Zahl vorgenommen worden seien.

Abg. Dietrich (Dem.): Mit Notstandsbeihilfen wird man eine dauernde Befundung nicht herbeiführen.

Der Weinbau wird sich nicht in allen Gebieten in dem bisherigen Umfang auf die Dauer erhalten lassen. Die Reichsregierung sollte in Zusammenarbeit mit den Ländern dort, wo eine Umstellung des Weinbaues auf rentablere und aussichtsreichere landwirtschaftliche Kulturen möglich ist, eine solche Umstellung dadurch zum Vollzug bringen, daß sie an Hand eines bestimmten Programms den sich umstellenden Weinbauern auf längere Jahre Zuschüsse zur Umstellung gibt.

Abg. Jörissen (Wirtsch. Gg.) führt Beschwerde über das rückständige Vorgehen der Steuerbeamten.

Abg. Bayersdörfer (B. Sp.) erlucht die Reichsregierung, die Steuererleichterungen und finanziellen Hilfsmaßnahmen für die Winzer sofort durchzuführen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Weidenhöfer (Völk.) werden sämtliche Anträge einem Sonderauschuß von 21 Mitgliedern überwiefen.

Um 3 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Das Haus beschäftigt sich dann mit der zweiten Beratung der sogenannten **Zwischenlösung der Hauszinssteuer**. Danach soll die Hauszinssteuer bis zum Inkrafttreten der vollen Friedensmiete von bisher 28 auf 36 Proz. der Friedensmiete erhöht werden.

Abg. Hecken (Dnat.) erklärt, seine Partei müsse die ganze Zwischenlösung ablehnen.

Abg. Stoll (Komm.) lehnt die Vorlage gleichfalls ab. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag, mittags 12 Uhr; außerdem steht auf der Tagesordnung die Gewerbesteuer und die Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern.

Alkoholmißbrauch und Alkoholismus.

Die Alkoholfrage im Reichshaushaltsauschuß.

In der Fortsetzung der Beratung über das Kapitel **Gesundheitswesen im Haushalt des Reichsinnenministeriums** beschloß der Ausschuß für den Reichshaushalt in seiner Donnerstagssitzung den Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im deutschen Reich um 60 000 auf 180 000 Mark zu erhöhen. Auf eine Anfrage von Frau Dr. Lüders und Frau Krenschke antwortete ein Regierungsvertreter, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens zwar angestrebt, aber noch nicht erreicht sei, also vorläufig nur Verhandlungen mit den Ländern zum Ziele führen könnten.

Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Titel, der **zur Bekämpfung des Alkoholismus und der mit dem Alkoholismus zusammenhängenden Gesundheitschäden** 1,8 Millionen verlangt. Mit der Beratung dieses Titels sollte die Beratung einiger vom Plenum überwiefener Anträge verbunden werden, die das Gemeindebestimmungsrecht betreffen. Abg. Erling (Str.) verlangt, daß diese Anträge nicht bei der Etatsberatung, sondern in einer besonderen Sitzung behandelt werden sollen. Gen. Solmann beklagt die Beschäftigung der weiteren Verschleppung der Behandlung des Gemeindebestimmungsrechts. Diese Frage muß endlich einmal entschieden werden. Nach einer zum Teil erregten Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die Anträge betreffend das Gemeindebestimmungsrecht nicht beim Etat, sondern in einer besonderen Sitzung unmittelbar nach Schluß der Etatsberatung zu verhandeln. Mit der Etatsberatung wird nur verbunden ein kom-

munistischer Antrag auf Erhöhung des Ansatzes auf 5 Millionen und ein volksparteilicher Antrag, der den Fonds von 1,8 Millionen derart teilen will, daß ein besonderer Titel zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und ein anderer zur Bekämpfung der mit dem Alkoholmißbrauch zusammenhängenden Gesundheitschäden mit je 900 000 Mark gebildet wird. Gen. Solmann widerspricht dem Antrag, die Summen nur für den Kampf gegen den Alkoholmißbrauch zu verwenden. Man solle Alkoholismus stehen lassen. Sonst bestiehe die Gefahr, daß die erfolgreichsten Alkoholgegner, nämlich die Arbeiter, benachteiligt werden. Mindestens für Jugendliche und Kinder sei jeder Alkoholgenuß Alkoholmißbrauch. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Kein Geld für Schule und Erziehung — wohl aber für Kirche und Technische Nothilfe.

Der Hauptausschuß des Reichstags erlebte zunächst die Bewilligungen für Schule und Bildung. Die Erhöhungen, die von den Sozialdemokraten für Schule und Erziehung beantragt wurden, wurden von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen wurde trotz der Sparankheitszornen eine neue Position, 1 Million Reichsmark für die Kirchen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen!

Bei dem Kapitel Filmprüfungsstelle brachte die Genossin Bohm-Schuch das Verbot der bayerischen Regierung gegen die Filme „Wege zu Kraft und Schönheit“ und „Freies Volk“ zur Sprache. Genosse Schmidt zeigte an reichlichen Beispielen, wie überflüssig die Technische Nothilfe ist. Diese hat von 21 Wochen 14 Wochen nichts getan und dafür fordert die Regierung 2,8 Millionen! Gleich nachdem die Engländer Köln verlassen hatten, etablierte sich sofort eine Landesstelle der Technischen Nothilfe. Dr. Berndt (Dnat.) spricht für die Erhaltung der Teno, obwohl er anerkennen muß, daß die Einstufung sehr zurückgegangen ist. Bey (Komm.) führte Beschwerde über das Vorgehen der Teno. Erling (Str.) will die Teno nur abbauen, wenn ein Ersatz für sie geschaffen ist. Dr. Cremer (Dsp.) erklärt, daß der Wert der Teno nicht nur in dem besteht, was sie tue, sondern darin, daß sie da sei. Die Regierung will abbauen, aber nicht völlig aufheben.

Um 11 Uhr abends dauert die Sitzung noch fort.

Der geplante Flottenvorstoß von 1918.

War England bereit, ihn abzufangen?

Der englische Marinefachmann Maurice Brendergast, dessen unlängst in der „Daily News“ veröffentlichte Feststellungen großes Interesse erregt haben, hat jetzt in dem gleichen Blatt auf Admiral von Trotha's Bericht, Brendergast's Feststellungen in Frage zu stellen, geantwortet. Er schreibt:

Ein geistreicher Amerikaner hat einmal festgestellt, daß es nicht so schwer ist, die Wahrheit auszusprechen; die Schwierigkeit besteht darin, ihr Glauben zu verschaffen. Es scheint doppelt schwer zu sein, die Wahrheit in Deutschland durchzusetzen. Wenn meine Beschreibung des mit Minen besetzten Teiles der deutschen „Falle“ wirklich nur eine bloße Phantasie ist, wie Admiral v. Trotha behauptet, so kann es vielleicht etwas Licht auf folgende Begebenheit werfen: Als der Waffenstillstand unterzeichnet war, wurde der englischen Regierung mitgeteilt, daß der deutsche Konteradmiral Meurer mit vier anderen Offizieren über die Nordsee nach England kommen werde, um die Vorbereitungen für die Ablieferung der deutschen Hochseeflotte zu treffen. Die britischen Marinebehörden schlugen den Deutschen einen absolut sicheren Kurs für die „Königsberg“ vor. Am Morgen des 13. November 1918 verließ Konteradmiral Sinclair mit britischen Kreuzern und Torpedobootzerföhren den Forth, um den erwarteten deutschen Kreuzer zu empfangen. Zwischen den britischen Schiffen und der „Königsberg“ wurde die Radioverbindung aufgenommen. Konteradmiral Meurer teilte mit, daß sich das verabredete Zusammentreffen verspäten würde. Die Ursache dafür lag darin, daß die „Königsberg“ den von uns vorgeschlagenen Kurs nicht eingehalten hatte. Warum ist das geschehen? Konteradmiral Meurer sagte, daß die „Königsberg“ zu einem großen Umweg gezwungen gewesen sei, um einem großen deutschen Minenfeld zu entgehen. Dieses Minenfeld war von den Engländern schon gefärbert worden, so daß das deutsche Schiff einen sinnlosen Umweg machte, um einer nicht existierenden Gefahr zu entgehen. Wenn die „Königsberg“ jener Passage durch das vermeintliche Minenfeld aus dem Wege ging, war das für uns nicht der beste Beweis dafür, daß die Deutschen nach der Ueberzeugung waren, daß dieses Minenfeld noch immer existierte? Oder will Admiral von Trotha behaupten, daß die Erklärung, die Konteradmiral Meurer dem britischen Konteradmiral Sinclair gab, auf Phantasie beruhe?

Will Admiral v. Trotha behaupten, daß die Deutschen niemals ein Minenfeld gelegt haben, um darin die britische Flotte zu fangen? Wir wollen zu diesem Zweck die Geschichte der deutschen Unterseebootsaktionen bis zum Mai 1916 betrachten, wie sie von dem deutschen Kapitäneunant Bayer dargestellt worden ist. Das Buch gilt nunmehr allgemein als ein Standardwerk maritimer Kriegsgeschichte. Bayer stellte in seinem Buche fest, daß kurz vor der Schlacht von Stogerral zwei deutsche Unterseeboote-Minenleger U 71 und U 72 ausgesandt wurden, um Minen vor den Firth of Forth und Forth zu legen, wo die Basis der britischen Kriegsschiffe lag. Anfolge eines Verstoßes der Maschine und Verlust von Heißöl mußten die beiden Unterseeboote zu ihren Standorten zurückkehren, ohne ihre Mission ausgeführt zu haben. Am 23. April wurden „Lowe'st“ und „Jarmouth“ von deutschen Schlachtschiffen beschossen. In der Nordsee hatten Unterseeboote Aufstellung genommen, um die Graue Flotte und die Schlachtkreuzer anzugreifen, sobald sie ihre schottische Basis verlassen würden. Das ist der Umriß einer typischen „Falle“, wie sie im Jahre 1918 geplant war, auf Grund des Berichtes eines anerkannten deutschen Historikers nachgezeichnet. Der auf das Minenfeld bezügliche Teil dieses Planes war infolge des technischen Verlangens von U 71 und U 72 undurchführbar gewesen. Aber vielleicht wird Admiral v. Trotha auch Bayer über Bord werfen und behaupten, daß Bayer's Geschichte nichts als Phantasie ist — obwohl Bayer während des Krieges einer der Chefs der Unterseeboot-Sektion der deutschen Admiralität gewesen ist.

Was sagt Herr v. Trotha zu diesen neuesten Feststellungen?

Regierung und Regierungsparteien. Bei einer Besprechung des Reichsanlagers mit den Regierungsparteien wurde beschlossen, einen interfraktionellen Ausschuß einzusetzen, der ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Regierungsparteien gewährleisten und bei der Behandlung von Regierungsvorlagen eine Verständigung herbeiführen soll.

Abstimmungen im Landtag.

Städteordnung. — Abwicklung des Personalabbaus. — Zwischenlösung der Hauszinssteuer.

Der Landtag nahm gestern noch einer weiteren Debatte über die Abwicklung des Personalabbaus den Rest der **Abstimmungen zur Städteordnung** vor. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit der städtischen Organe in Selbstverwaltungsangelegenheiten, über Auftragsangelegenheiten, über rechtliche und über die Staatsaufsicht werden im wesentlichen nach den Ausschußvorschlägen angenommen. Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die nicht zur Sicherheit gehörenden Zweige der Dreispitzverwaltung der Stadt auf ihre Verlangen zu überwiefen sind. Angenommen wurde eine Bestimmung, wonach die Bürgermeister und die ersten Stadträte **staatlich zu bestätigen** sind. Auf demokratischen Antrag werden von der Genehmigung durch die Beschlußbehörde befreit Gemeindebeschlüsse bezüglich der Errichtung einer städtischen Bank und der Beteiligung an einer Bank; im Hammelsprung wird der so eingeschränkte Gesetzestext über die genehmigungspflichtigen Gemeindebeschlüsse mit 186 gegen 171 Stimmen angenommen. Angenommen wurde ferner ein demokratischer Antrag, wonach eine Stadt bis zum Erlaß der neuen Kreisordnung ihr Ausschneiden aus dem Landtreibe nicht verlangen kann, falls sie die hierfür erforderliche Einwohnerzahl nur durch eine nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgte Änderung der Grenzen des Stadtgebietes erreicht.

Damit war die zweite Beratung der Städteordnung beendet. Die zweite Beratung des **Personalabbau-Abwicklungsgesetzes** wurde darauf beendet und zu den Abstimmungen gelehrt. In namentlicher Abstimmung werden die Paragraphen, die die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte enthalten, mit 195 gegen 130 Stimmen angenommen. In namentlicher Abstimmung werden dann auch die Teile der Vorlage, die Neueinstellungen von der Zustimmung des Finanzministers abhängig machen und der Schulaufsichtsbehörde unter Voraussetzungen gestatten wollen, Schulfeststellen aufzuheben oder nicht wieder zu besetzen, mit 291 gegen 29 Stimmen angenommen. Auch im übrigen wird die Vorlage nach den Ausschußvorschlägen in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen und endgültig **abgeschlossen**.

Günstige Abschlüsse der Maschinenindustrie.

Keine Produktion auf Kredit. — Der Lohnabzug als Steuerlast.

Die deutsche Maschinenindustrie mag mit einem gewissen Recht darüber klagen, daß ihre die Wirtschaftsentwicklung seit der Stabilisierung der Währung nicht besonders günstig gewesen sei. Soweit sie Produktionsmittelindustrie ist, bedeutet die Sachwertigkeit der Inflationszeit für sie in der Stabilisierungsperiode einen Sachwertverlust, denn die Industrie ist mit Produktionsmitteln überladen, und Aufträge gibt es nur aus dem Ersatz- und Umstellungsbedarf. Soweit sie ausführt, profitiert sie zwar von Aufträgen aus der überseeischen Industrialisierung, ihre Konkurrenzfähigkeit leidet aber unter den Nachwirkungen der Inflationserscheinungen und ihren zu hohen Kapitalumstellungen. Daß durch den Friedensvertrag der Rüstungsbedarf gedrosselt und auch die Eisenbahnausträge gekürzt wurden, kommt hinzu. Uebersteht man aber die Reihe der Bilanzabschlüsse für 1924/25, so muß man feststellen, daß auf der einen Seite die Lage vielfach sehr viel schwarzer gemalt worden ist, als sie war, und daß auf der anderen Seite der Prozeß der Rentabilisierung und die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit sehr schnelle Fortschritte gemacht haben. Soweit Hemmnisse bestanden und noch bestehen, liegen diese viel weniger in den von den Unternehmern so viel beklagten äußeren Belastungen als in den Rückwirkungen aller Fehler der Betriebslenkung und der unzureichenden Tatkraft, mit der die großen wirtschaftspolitischen Interessen dieses mächtigen Gewerbezweiges wahrgenommen wurden.

Fast durchweg Vollbeschäftigung.

Zu den mannigfachen Beweisen für die durchaus nicht ungünstige Lage der Maschinenindustrie, die wir in der Vergangenheit schon gebracht haben, wollen wir heute einige hinzufügen. Wir haben die Abschlüsse von sieben Maschinenfabriken vor uns, die durchweg in günstiger Lage sind: Hanomag, Werkzeugmaschinen-Gildemeister, Bielefeld, Bogtländische Maschinenfabrik Dietrich, Fr. Hefler, Maschinenfabrik Stuttgart-Kannstatt, Schladigwerke Dresden, Vittoria-Werke Nürnberg und Wegelin u. Hübner Halle a. d. S. Ausnahmslos handelt es sich um sehr alte Firmen, die zusammen über 16 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Gildemeister Hefler, Schladigwerke, Vittoria-Werke, Wegelin u. Hübner waren das ganze Jahr gut beschäftigt. Nur Hanomag klagt über ihre Lokomotivbauabteilung, daß sie seit Mai 1925 keinen Auftrag mehr hereinbekommen hat; dafür hatte sie im Dampfkegel-, Rotorsehler- und Autobau (der keine Hanomag) eine gute Konjunktur. Die Bogtländische Maschinenfabrik (Mitglied des deutschen Automobilkonzerns: Bomag, Dug, Ragiro, Pleslo) arbeitet im zweiten Halbjahr voll, ist mit dem Textilmaschinenbau zurückgeblieben, hatte dagegen in Buchdruck, Lastkraftwagen und Autobussen viel zu tun.

Die einzelnen Abschlüsse

zeigen trotz aller Verschiedenheit der Einzelheiten manche gemeinsame interessante Züge. Die Hannoverische Maschinenbau A.-G. Hannover-Linden verteilt keine Dividende. Für die Schwierigkeiten, unter denen sie stand (abgesehen vom Mangel der Eisenbahnausträge), findet ihr Geschäftsbericht eine plausible Formulierung: von allen Seiten wurden lange Zahlungsziele verlangt, während die Beschaffung der teilweise große Zeiträume dauernden Produktion umfangreiche Mittel beanspruchte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Bilanz nicht sehr flüssig ist. Man muß die Lager- und Betriebsvorräte hinzunehmen, um den 6,72 Millionen Schulden 8,39 Millionen flüssige Mittel gegenüberzustellen. Dennoch war die Geschäftsentwicklung 1924/25, die die Bilanz erkennen läßt, ausgesprochen günstig. Die Anlageposten zeigen eine Steigerung um 3,45 Millionen Mark. In der Gewinn- und Verlustrechnung steht ein Zinsenüberschuß von 45 000 M., der auf die Echtheit der Anlagenvermehrung und ihre Beschaffung aus Ueberschüssen schließen läßt. Die Abschreibungen (1,05 Millionen) sind zwar mit 5 Proz. der Gesamtanlagen nicht übermäßig hoch, lassen aber neben 5,95 Millionen Generalkosten aus dem Bruttoüberschuß von 7,18 Millionen noch einen Reingewinn von 183 000 M., der nach 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien vorgetragen wird. — Die Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister u. Co. Bielefeld zahlt auf ein Aktienkapital von 1,75 Millionen aus 117 543 M. Reingewinn eine Dividende von 5 Proz. Sie kann über 10 Proz. auf die gesamten Gebäude und Maschinen abschreiben und zeigt infolge ihrer Spezialisierung auf arbeitssparende Maschinen (für den Umstellungsbedarf wichtig!) eine bedeutende Verbesserung ihrer Bilanz gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung der Bilanzsumme geht ganz auf die Steigerung des laufenden Geschäfts. Anlagen und Maschinen sind trotz der Zugänge tiefer bewertet. Sechs Betriebswerteposten sind Marktposten (1 M.) geworden. Die flüssige Aktiva (0,52 Millionen) ist um $\frac{1}{2}$ höher als die kurzen Verbindlichkeiten (0,31 Millionen). Bankschulden sind nicht vorhanden. — Bogtländische Maschinenfabrik vorm. J. C. u. H. Dietrich A.-G. in Plauen erzielt nur deshalb den niedrigen Gewinn von 35 341 M. und bleibt ohne Dividende, weil sie einerseits Abschreibungen (1,09 Millionen) macht in Höhe von 20 Proz. der Anlagewerte und andererseits ausgesprochene Gewinnkürzungen treibt. Allerdings hatte sie zur Herstellung von Standard-Compositor-Schreibmaschinen, für die noch Aufträge fehlen, zwar produktive, aber zunächst nicht hereinzubringende Sonderkosten. Diese Sonderaufwendungen dürften auch den bei der Maschinenindustrie sonst ungewohnten hohen Zinsaufwand (151 000 M.) erklären. Daß die Bilanz günstig ist, ergibt sich auch aus dem guten Verhältnis der

laufenden Verbindlichkeiten (4,78 Millionen) zu den flüssigen Aktiven (4,44 Millionen), das die vorsichtig bewerteten Vorräte unbelastet läßt. Bei Jahresabschluss lagen für Rotationsmaschinen und Schwerekraftwagen noch Aufträge auf Monate vor. — Die Fr. Hefler Maschinenfabrik A.-G. Stuttgart-Kannstatt verteilt aus 307 000 M. Reingewinn 10 Proz. Dividende, reserviert 45 000 M., trägt 65 000 M. vor, nachdem auf ihre Anlagen sogar 25 Proz. abgeschrieben sind. Sie war dauernd voll beschäftigt und hat offenbar beträchtliche Bankguthaben, da sie 74 000 M. Zinsgewinne ausweist. Sie ist natürlich auch entsprechend flüssig (nur 0,64 Millionen Verbindlichkeiten bei 1,47 Millionen flüssiger Aktiva), wobei für die Firma Hefler allerdings zu beachten ist, daß sie in der Hauptsache den Konsumindustrien näher steht als die übrige Maschinenindustrie, was für den Grad der Beschäftigung wie für den Eingang der Zahlungen ein großer Vorteil ist. — Für die beiden Fahrradfabriken Schladigwerke Dresden und Vittoria-Werke Nürnberg, von denen die erstere außerdem Werkzeugmaschinen, Rastetten und Selbstkräfte fabriziert, ist neben den Dividenden von 10 und 6 Proz. die Verlustreserve von je 100 000 M. charakteristisch, die sie aus ihren Ueberschüssen für den jetzigen Krisenablauf bereitstellen können. Immerhin können sie das neben Abschreibungen von 10 und 9 Proz. und neben der vorsichtigen Bewertung der Vorräte, was für 1924/25 ein sehr günstiges Geschäftsergebnis erkennen läßt. Bei den Schladigwerken wiederholt sich übrigens die Erfahrung, daß die günstige Fahrradkonjunktur bei gleichzeitiger niedriger Preisstellung die schlechtere Lage der anderen Abteilungen ausgeglichen hat. — Die Wegelin u. Hübner Maschinenfabrik und Elengieserei A.-G. Halle a. d. S. geben als erste Maschinenindustriebilanz zum 31. Dezember 1925 mit ihren 7 Proz. Dividende für die Dividendenerklärungen des Maschinenbaukonzerns 1925 den Aufschluß. Normalabschreibungen mit 10 Proz. für Maschinen lassen noch einen Reingewinn von 306 000 M. Die Zinskosten sind auch hier sehr gering (13 433 M.). Die Bilanz ist sehr flüssig (0,75 Mill. Forderungen gegen 0,54 Mill. Verbindlichkeiten; diese sind noch sämtlich Anzahlungen, so daß eigentliche Schulden überhaupt nicht vorhanden sind). Wegelin u. Hübner stellen Eis- und Kühlmaschinen, Dampfmaschinen und Dampfessel, Pumpen, Tauch- und Trockenanlagen her, ein vielseitiges Auftragsgebiet, das die Risiken der Konjunkturschwankungen ausgleicht.

Lohnabzüge als Steuerlasten.

Man sieht, auch die Revue dieser Bilanzabschlüsse kann den relativ günstigen Eindruck, den man schon früher vom Stand der Maschinenindustrie hatte, nur noch verbessern. Im Gegensatz zu anderen Industrien profitiert die Maschinenindustrie allerdings sehr nachdrücklich von dem ihr vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten nahegelegten Grundgesetz, lieber weniger zu produzieren, als sich durch Produktion auf Kredit von den hohen Kreditzinsen der Privatbanken erschlagen zu lassen. Wie bei unseren sieben neuen Beispielen dürfte sich bei dem größten Teil der Maschinenindustrie der relativ günstige Stand aus der Befolgung dieses Grundgesetzes erklären. Auffällig ist aber auch bei den heute besprochenen Geschäftsberichten das mangelnde wirtschaftspolitische Augenmaß. Ueber die Stereotypen Klage über den Steuerlasten und den Soziallasten kommen auch sie nicht hinaus. Zwei Geschäftsberichte sondern erfreulicherweise die gezahlten Lohnsteuern (die in aller Regel auch als Steuerlasten der Unternehmer ausgewiesen werden) von den übrigen Steuern aus. So die Hanomag, wo 590 000 M. Lohnabzüge 153 Mill. anderen Steuern gegenüberstehen, darunter natürlich auch noch die Umsatzsteuer, und die Bogtländische Maschinenfabrik, wo das Verhältnis sogar 421 000 gegen 776 000 M. beträgt. Die beiden Beispiele zeigen, wie gründlich von den Unternehmern gelogen wird, wenn sie über die Steuerlasten klagen. In unseren Fällen sind $\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{1}{2}$ sämtlicher Steuern Lohnabzüge.

Die Arbeiterchaft wird sich das zu merken haben. Auch für ihre Lohnpolitik gegenüber den Maschinenindustriellen wird sie darauf achten müssen, daß sie jede ihrer Forderungen mit den kritisch geprüften Geschäftsberichten unterbaut.

Die Krise im Messewesen. Bedeutung der Leipziger Messe.

Von unserem nach Leipzig entsandten Mitarbeiter erhalten wir folgenden Bericht:

Man könnte vielleicht sagen, daß die diesjährige Leipziger Messe, so schlecht auch die Geschäftslage war, kaum eine Enttäuschung gebracht hat, weil nämlich Aussteller und Besucher von vorn herein mit sehr niedrig gespannten Erwartungen zur Messe gekommen sind. Die ausstellenden Firmen haben ihr Bestes getan, um zu repräsentieren und sich der Kundschaft wieder einmal in Erinnerung zu bringen, weniger aber, um zu verkaufen. So wird man, trotz der geringen Umsatztätigkeit, wohl sagen können, daß die Messe auch diesmal ihren Zweck erfüllt hat, indem sie Verkäufer und Käufer einander näher gebracht und ihnen Gelegenheit zum Meinungsaustausch gegeben hat. Bemerkenswert stark war diesmal die Beteiligung des Auslandes bei den Besuchern. Die internationale Geltung der Leipziger Messe und ihre Bedeutung als Exportmarkt ist also selbst dann gesichert, wenn, wie gegenwärtig, die Exportmöglichkeiten beschränkt sind.

Die Tatsache, daß die Bedeutung des Leipziger Messe-Platzes während der Hochzeit der Messe- und Ausstellungsveranstaltungen in vollem Umfange erhalten geblieben ist, ist im Hinblick auf die immer dringender werdende Frage der Einschränkung von Messen usw. besonders wichtig. Deutschland kann sich den Luxus wirklich nicht mehr leisten, mehr als die Hälfte aller Messen, die auf der Erde stattfinden, und etwa die Hälfte aller Ausstellungen (abgesehen von kleinen und unbedeutenden Veranstaltungen) in seinem Gebiete zu haben. Es wird sich gar nicht vermeiden lassen, daß nach der in den Inflationsjahren entstandenen Messe-Inflation (allein fünf „große“ Messen: Frankfurt, Breslau, Köln, Königsberg, Kiel — und etwa 60 „kleinere“ haben im Vorjahre stattgefunden!) nun endlich ein gründlicher Abbau stattfindet, um die deutsche Wirtschaft, soweit sie aus „Messegründen“ zum Ausstellen gezwungen ist, von den durchaus überflüssigen Kosten zu befreien, die aus der Beschädigung der kleineren Messen (und Ausstellungen) nur auf den Frühlingsmessen (1924 und 1925) wird man die Untkosten, die je Aussteller im Durchschnitt, niedrig gerechnet, 1500 M. betragen, auf 34 bis 36 Millionen Mark veranschlagen müssen.

Der Rückgang der Ausstellereinnahme um etwa 12 Proz., nämlich von 12 000 auf 10 500, den die Leipziger Messe im Vergleich zur Frühjahrmesse des Vorjahres erlitten hat, ertört sich aus der Tatsache der allgemeinen Geschäftseinschränkung und aus dem Verschwinden einer Anzahl von Firmen. Das Messeamt ist, für die weitere Zukunft, durchaus optimistisch eingestellt, wie u. a. die Schaffung zweier neuer „Messeplätze“, des Ringmessehauses (für Sportartikel und Spielwaren) unweit des Bahnhofes und der Halle „Wärmetechnik“ auf dem Ausstellungslande der Technischen Messe (am Völkerschloß) zeigt. Die letztgenannte Halle (155 Meter lang, Eisenkonstruktion und Backsteinwände) ist in der bemerkenswerten kurzen Zeit von zwei Monaten (durch die Firmen R. A. R. und H. Holzmann) erstellt worden; sie bildet eine auch ästhetisch recht erfreuliche Ergänzung des Bildes jenes riesenhaften „Barackendorfs“ auf dem Ausstellungslande. Das Ringmessehaus, ein langgestreckter Bau mit leicht geneigter Flachdecke, der sich nur mit einer schmalen Front zur Straße wendet, stellt einen geklärten Versuch dar, moderne, hochhausähnliche Architekturformen in das Leipziger Straßensbild einzufügen. Mit der Schaffung dieser neuen Ausstellungsräume vollendet sich ein altes Programm der Leipziger Messeleitung, wonach die Holzbaracken von den Plätzen Leipzigs nach und nach verschwinden und den ausstellenden Firmen wirklich zweckentsprechende und gefällige Räume geboten werden.

Die Tätigkeit des Messeamtes ist bei der diesjährigen Veranstaltung außerordentlich gelebt worden. Irgendwelche Reibungen, wie sie mitunter in den Vorjahren zwischen den verschiedenartig interessierten Gruppen der Aussteller und der Besucher oder der Besucher und der Leipziger Bevölkerung vorkamen, haben diesmal gänzlich gefehlt, und der organisatorische Apparat der Leitung und Unterbringung der Hunderttausende hat sich aufs glänzendste bewährt. — Auch die Befragung des Straßenverkehrs durch die schaulustigen Menschenmassen — und durch den Aufmarsch der reaktionären Verbände (Eisenbahn, Kriegervereine usw.) — anlässlich des Reichspräsidentenbesuchs wurde, dank der vorbildlichen Haltung der Polizei, nicht störend empfunden. Uebrigens kann auch an diesem Tage das schwarze Element, obwohl Geschäftsleute und bürgerliche Wohnungen in den alten Farben gefasst hatten, nicht übermäßig stark zur Geltung kommen, da man die schwarzweihroten Verbände auf mehrere Stellen des Wegs verteilt hatte, und da die amtlichen Stellen neben den Leipziger Stadtfarben und der sächsischen Fahne überall die Reichsflagge zeigten. Nur das Messeamt ließ, wie an den Vorjahren, die Handelsflagge des Reichs zum Fenster herausflattern. . . .

Eine Besprechung der einzelnen Messeveranstaltungen (Technische Messe, Textilmesse, Glas-, Lebensmittel-, Tabakmesse usw.) würde an dieser Stelle zu weit führen. So können hier nur einige wenige besonders bemerkenswerte Tatsachen hervorgehoben werden. Ganz still lag das Geschäft auf der Schuh- und Ledermesse, wo wenig Aussteller und fast noch weniger Besucher erschienen waren, ferner bei der Automobilausstellung, die nach der Berliner Veranstaltung nur von relativ wenig deutschen Firmen besucht war und nur wenige Käufer anlockte. In den Konsumwarenbranchen — Lebensmittel, Süßwaren, Tabak — war das Geschäft ziemlich ungleichmäßig, aber doch nicht so schlecht, wie die Aussteller vielfach erwartet hatten. Auf der Textilmesse zeigte sich Nachfrage eigentlich nur nach billigen Massenwaren, während die unerhört farbenprächtigen Ausstellungen von Qualitätswaren — einschließend der geradezu vorbildlichen Ausstellung der Kunstseidenindustrie — mehr von Bewunderern bestaunt als von Käufern besucht waren. Das Geschäft für Maschinen war im allgemeinen flau, doch wurden Spezialitäten (wie z. B. Kunstseidenmaschinen, Kleinspinnermaschinen und Neuheiten ziemlich gut verkauft. Die neue Ausstellung „Brennstoff, Kraft und Wärme“ (Verbrennungsmotoren, Feuerungsanlagen) fand große Beachtung, während die Sondergruppe „Förderungswesen“, auf das eigentlich das Hilfsgerät für die „Flieharbeit“ gezeigt werden sollte, wegen ihrer Unvollkommenheit einigermaßen enttäuschte. — Relativ gut war die Kaufstätigkeit auf einigen Gebieten der Elektroindustrie, die auch diesmal mit verschiedenen Neuheiten (Telephon und Telegraph, Radio) vertreten war. Von der Baumesse war wenig Günstiges zu hören. Glas, Porzellan und einige Teile der kunstgewerblichen Ausstellungen waren mit den Geschäftsergebnissen zufrieden, während für Sportartikel, Möbel und Haushaltsgegenstände kaum Nachfrage vorlag.

FRITZI MASSARY
3-8 Zigarette
Umsatz allein in dieser Marke im Jahre 1925
600 Millionen Stück
(umspannen hintereinander gelegt den Aequator)
Jetzt besser denn je! * Urteilen Sie selbst!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin G. 14, Seebahnstr. 37/38, Hof 2 Tr.
Ganvorabend. Am den 20. und 21. März in Köln a. Rhein...

Kummelbunde, Sinoona Sonnenbrot, zur Nacht nach Tirocarin. - Baum...

Arbeiter-Gemeinschaften Berlin. Sitzung haben folgende Abteilungen:
VfL Eichenberg: Donnerstag, den 11. März, 10 Uhr...

Deutscher Eperants-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 5. März, 8 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

W. B. 60. Die Zahlung der Rente darf erst eingeleitet werden, nachdem...

HERMANN Billige Lebensmittel

Mangendepote vorbehalten. Leichtverdauliche Artikel sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf sowohl Vorrat.

Frisches Fleisch
Kalbskamm und -rücken Pfund 66 Pf.
Kalbskeulen bis 10 Pfund schwer, Pfund 80 Pf.
Schweineschulterblatt Pfund 1,06

Wurstwaren
Delikat-Sülze Pfund 40 Pf.
Blut- und Leberwurst Pfund 60 Pf.
Bockwurst Pfund 1,00

Käse u. Fette
Romatour Pfund 22 Pf.
Camembert Pfund 30 Pf.
Kuhkäse Pfund 28 Pf.

Kolonialwaren
Weizenmehl Pfund 19 Pf.
Auszugmehl Pfund 22 Pf.
Grüne Erbsen Pfund 22 Pf.

Die Flaschenpreise verstehen sich ohne Steuer und Flasche
Besonders preiswerte Tischweine
1922er Gundersheimer Pfund 10 Pf.
1922er Burweiler Schlossberg Pfund 85 Pf. 8,00

Wichtige Aufforderung

Zur Abgabe der Steuererklärung für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1925 und 1924/25.

Die Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in diesem Sinne zu verstehen:
I. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.
1. Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Einkommensteuer sind verpflichtet:

Verkäufe
Reisene (Wäster-Bräuen), Eisen-
heils-Goldfüllender, Bureaubedarf...

Verkäufe
Eisenwaren, Eisenwaren, Eisenwaren...

Erstklassiger Geschäftsführer gesucht.
Durch den Wegzug des bisherigen Geschäftsführers zu einem anderen Parteiunternehmen ist die Stelle des Geschäftsführers der Thüringer Landesanstalt und Druckerei G. m. b. H. Jena...

Aus der guten alten Zeit.

Unsere alten Schullehrbücher wußten manch schönes Stücklein zu berichten von der Leutseligkeit und Gerechtigkeit der fürstlichen Landesväter gegenüber ihren Untertanen. Alle miteinander waren sie befaßlich ausgeglichene, vornehme Charaktere, die jederzeit nur das Wohl ihrer mit väterlicher Liebe umsorgten Landeskinder im Auge hatten. Als in die heutige Zeit und gerade in der heutigen Zeit fallen diese rührenden Geschichten die Unterhaltungsbeilagen der Rechtspreße, und „vaterländische“ Filme lassen den Glanz dieser Zeiten im Glimmerbild unter martigen Orchesterklängen vor den Augen eines hingerissenen Publikums abrollen. Es sei darum auch uns die Mitteilung einiger besonders schöner und menschlicher Züge von fürstlichen Landesvätern vergönnt.

Es ist bekannt, daß eine ganze Anzahl deutscher Fürsten ihre Untertanen für Geld auf fremde Schlachtfelder verkauft haben — zu 30 Kronen Werbegeld und 37½ Kronen Jahreszuschuß pro Stück. Weniger bekannt ist vielleicht eine reizende kleine Anekdote, die man sich während des englisch-nordamerikanischen Krieges erzählte. Das Geschichtchen muß für die damaligen Verhältnisse recht bezeichnend gewesen sein, denn es wurde selbst von Leuten wie Franklin für ernst genommen und geglaubt und von namhaften Geschichtsschreibern, wie Schloffer, nachgelesen. Als nämlich die Transporte heißer Soldaten auf dem Wege zur Verschiffung bei Minden die preußische Grenze passierten, soll der preußische König Friedrich II. von dem Landgrafen von Hessen für diese Truppen den — Vieh — zoll verlangt haben, weil die Soldaten doch wie Vieh verkauft und abtransportiert worden seien.

Das ehemalige Fürstentum Hanau wurde vom Jahre 1764 an von Wilhelm I., Erbprinzen von Kassel und regierenden Grafen von Hanau, regiert. Dieser Fürst war nach dem, was die Geschichte über ihn meldet, der Vater von vierundsechzig (74) unehelichen Kindern. Eine einzige seiner Mätressen, ein Fräulein von Schlotheim, schenkte ihm im Laufe der Jahre allein zweiundzwanzig Kinder. Rührend ist die Art, wie dieser vor treffliche Vater für seine Nachkommen sorgte. Sobald ihm nämlich wieder ein Kind geboren war, verteuerte er den Preis des von seinen Untertanen aus den Salinen seines Landes zu beziehenden Salzes um einen Kreuzer für den Sack und befehlte das Reugeborene mit dieser Rente. Wie werden sich die treuen Untertanen gefreut haben, wenn wieder die Geburt eines Fürstlings gemeldet wurde!

Der vorletzte Markgraf von Brandenburg-Anspach, Karl Friedrich Wilhelm (1723 bis 1757) erging sich einst mit seiner Mätresse in erbaulichem Gespräch im Garten seines Schlosses, als die Dame eines Schornsteinfegers gewahr wurde, der seiner Arbeit auf dem Dache des fürstlichen Schlosses oblag. In humorvoller Weise äußerte sie den Gedanken, wie es wohl aussehen würde, wenn der Schornsteinfeger plötzlich vom Dache herunterprallte. Karl Friedrich Wilhelm, der wußte, was sich für einen Kavalierschick nach sein Pistol und schloß den Schornsteinfeger der Dame zum Spaß vom Dach herunter. Der Witwe des Ermordeten gab der biedere Fürst fünf Gulden.)

Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, wie zu dieser Zeit im Anspachischen das Wild geschätzt wurde. Es war den Bauern bei Jagdhausstrafe verboten, etwa mit einem Gewehr oder Knüttel dem Wild zuleide zu gehen. Selbst einen Hund durften sie nicht bei sich führen. Sie mußten das zahreiche Hochwild, das nachts in ihre Felder und Saatien eindrang und alles zu zerstören drohte, ausschließlich mit Bäumen und Schreien vertreiben. Was tat es, daß stets einer vom Hofe sich darum die Nacht um die Ohren schlagen mußte?

Dem obengenannten Markgrafen Karl Friedrich Wilhelm von Anspach, der als Musterbeispiel eines souveränen Fürsten der damaligen Zeit genannt wird, war einst mitgeteilt worden, daß der Mann, der die Hunde des Markgrafen in Pflege hatte, diese vernachlässigt haben sollte. Sofort ritt der Fürst vor das Haus dieses Mannes, rief ihn heraus und schloß ihn ohne irgendwelche Umstände auf seiner eigenen Türschwelle nieder. Ein andermal traf er auf seinem Wege einen Schäfer mit seiner Herde, und als die Herde dem fürstlichen Pferde den Weg nicht schnell genug frei machte, verlangte der Markgraf zornentbrannt das Gewehr, um den schuldigen Schäfer über den Haufen zu schießen. Dem Jögern des ihn begleitenden Oberstallmeisters war es zu verdanken, daß der Schäfer sich noch retten konnte.

Glücklich ein Volk, das weise und gerecht von solchen Landesvätern regiert wird. Es muß doch etwas herrliches um die gute alte Zeit gewesen sein! E. A.

Der böse Geist.

Von Henri Barbusse.

Banikoro war plötzlich erwacht und troch bis zur Hüftenhöhe. Schon lag ein von Blätterregen durchwobener Sonnenstreif auf dem Dorspflag. Banikoro hatte trauke, schließende Augen, kurze Beine, einen liebigen Kopf, den ein Haarwusch und Bart kohlschwarz umwucherten. In seinem Halsband aus Glasperlen hing der Hauer eines Ebers und ein Armband europäischer Fabrikats, das er einst als Abschlagszahlung für ein bestelltes Wildbrett erhielt. Er nahm Aisogai und Bogen und griff, sanft zulassend, nach zwei Pfeilen, die im Leibe seines Vaters stakten; dieser hatte sich seit drei Monaten von dem Blätterbett nicht gerührt, auf dem er tot dalag und nach immer seinen Sohn beschützte, indem er dessen Pfeile vergiftete. Dann deponierte Banikoro nach Väterfüße seine Pfeile im unförmig ausgebeugten Ohrflüppchen.

Draußen redte sich der Zwerg auf den Beinen, wo irgendeine frühere Krankheit ganze Rosenkränze von Budeln hinterlassen hatte. Er blähte den Rumpf auf und seine blingelnden Triefaugen blickten zum strahlenden Licht empor. Nachdem er aus dem geheiligten Beinhaus seiner Hütte, aus dem vertrauten Gestank heraus war, lag er tief die Luft Oceanus ein, diesen spenden Widgeruch, der unauslöschlich an Körper und Seele haftet.

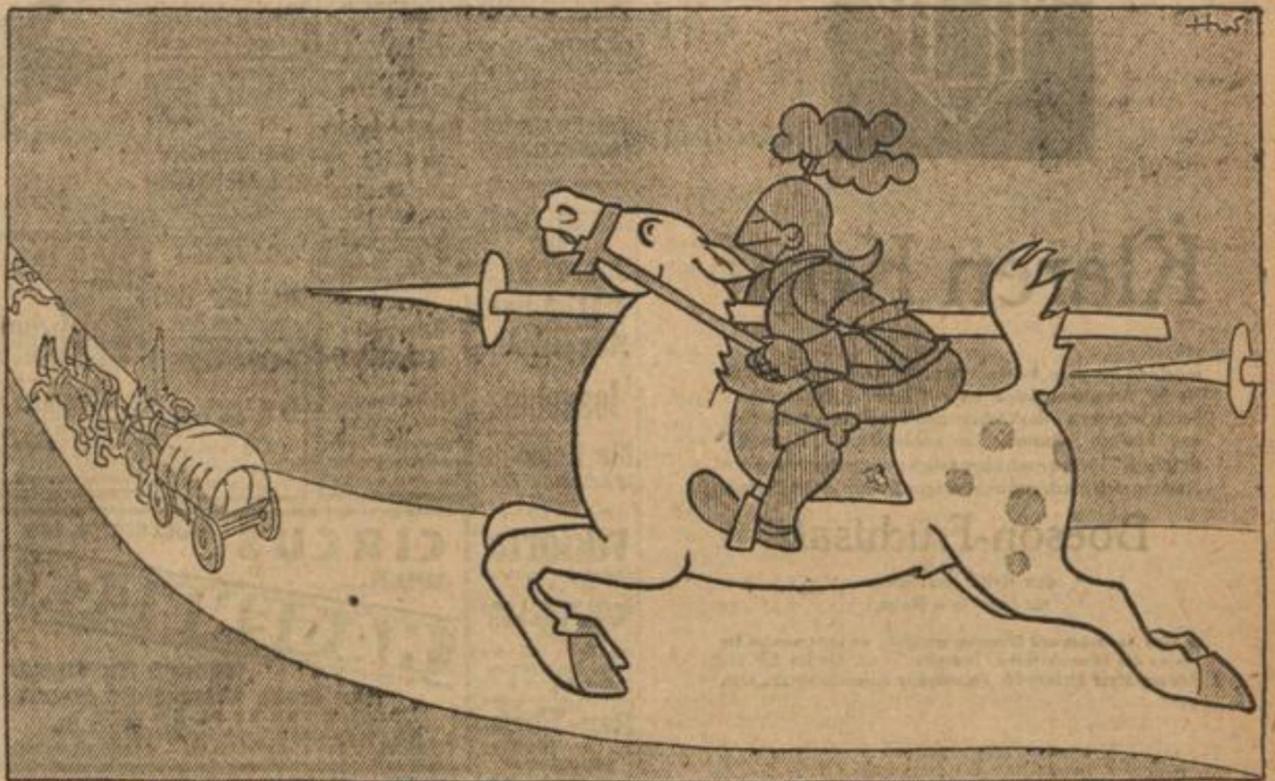
Der Eingeborene verlor sich im Walde und kam zur Hütte Sagus.

„Verkaufe mir dein Haus am Strande“, sagte er — schon zum zehnten Male.

„Es ist schön“, erwiderte Sagu, „aus Stämmen, Astwert und Pandanusblättern gemacht. Ein Häuptlingshaus, da es eine Ecke hat mit einem Tabu. Es beherrscht eine an Schilfröhren reiche, sehr reiche Durchfahrtsstelle. Ist niedrig, nicht zu entwurzeln. Kein Dach in der Welt bildet einen solchen Schutz gegen den Sturm. Es ist schön, zwei und einen halben Sklaven wert, und zehn Arme Kupferbroh dazu.“

*) Siehe Friedrich Rapp: „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“. Berlin 1864.

Rechnet ab!



So fingen sie einst an, als Mordbanditen,
Die edlen Gottesgnadenparasiten;
Und statt des Rechts entschied die rohe Faust. —

Jetzt kommt Gelegenheit, den Raubgesellen
Die richt'ge Quittung drüber auszustellen,
Was sie in sechs Jahrhunderten gemaußt.

„Ich will das Haus, aber nur für zwei Sklaven; denn es wird von den bösen Geistern heimgesucht.“

„Nein, es gibt keine Geister in dem Haus; es hat keine Ränge!“ rief Sagu, indem er seinen Aisogai fest umkrampfte, der in drei Spitzen von toten Feinden stammenden Knochen endigte und von solchen getöterter Feinde starrte.

Banikoro wich großend zähneknirschend zurück und schielte auf eine ganz ungläubliche Weise.

„Ich habe die Geister gehört“, sagte er, „und andere auch.“

„Nein! Nein!“ brüllte Sagu, ganz bestürzt darüber, daß man den Wert seines Besitzes auf so schredliche Art herabsetzte. „Es ist das schönste aller Häuser.“

Die lauten Ausbrüche dieser Unterhaltung riefen den König herbei, der in seiner um zwanzig Schritte entfernten Hütte sich am rauhen grünen Holze berouschte. In der Umrahmung der Tür, wo Schwaben in die Augen beißenden Qualmes schwebten, zeigte der König sein Gesicht, das auf der Stirn schwarz, auf den Backen blau, rot auf der Nase bemalt war.

Gefolgt vom ersten Würdenträger kam er näher. Er war ein großer König. Seine Worte waren Dolche, seine Lieberlegung Hinterhalt. Er besaß ein riesiges Herz, das sich von den Nieren bis zur Gurgel ausdehnte. In sein Rosenkranz aus Schildpatt trug er und in Häupterform leuchteten Knochen seiner Vorfahren um die Rosenkranz. Sein Haar war in kleine Zöpfchen zusammengeflochten, von denen jedes aus acht Haaren bestand.

Ein Stück barten Holzes diente dem Hauptwürdenträger als Befestigung und an seinem Handgelenk trug er eine Muschel. Er hatte am Bein eine Wunde, die ein Fetisch war und die er jedesmal, wenn sie heilen wollte, wieder öfnete; denn es war eben eine Fetischwunde.

Der Souverän ließ sich über den Gegenstand des Streitens unterrichten.

„Biele haben das Geheul der bösen Geister in dem Hause am Strande gehört“, sagte Banikoro.

Trotz der Grimassen und Bewegungen Sagus, dessen Mund sich auf seinem dunklen Gesicht — von einem Ohr zum anderen — wie ein Kollier aus weißen Perlen spannte, wurde diese Tatsache von Mikoi bestätigt, der, ein Dildbein tragend, porüberkam und von Niobung, die, von Milch überquellend, ein Ferkel trankte. Während der Nächte, wo der Mond in Gestalt eines Dumerangs leuchtet, hört man vom Haus des noch nicht missionierten Missionars in der leeren Hütte Sagus Geschrei: das ist bewiesen.“

Der König schüttelte den Kopf, lehnte in sein Hans zurück, beauschte sich an Kava und schlummerte ein. Gegen Abend versammelte er die Bevölkerung, indem er auf die mit einem Menschenkopfe verzierte Trommel, die sich auf dem Plage befindet, schlug.

Dem Ruf des Monarchen folgend, begaben sich die Eingeborenen nach dem unheimlichen Ort. In respektvoller Entfernung von dem Hause scharte sich das Volk zusammen.

„Hört!“ rief Banikoro, der voller Entsetzen in das Dunkel zurückwich.

Man lauschte angepannt. Zuerst nichts; dann unterschied man aus der Richtung des Hauses unterdrückte Stimmen.

Biele Eingeborene klapperten mit den Zähnen und ergriffen die Flucht. Klöglich hörte der König auf.

„Wir müssen jetzt in das Haus gehen“, sagte der König, indem er seine kunstvoll gearbeitete Streitaxt schwang.

Vorsichtig traten mehrere Mutige, von dem wiedererscheinenden Banikoro geführt, in das Haus. Es war leer.

Dreimal erneuerte sich die ungläubliche Feststellung. Das Haus sprach in unterdrückten Tönen; wenn diese schwiegen und man eindrang — war nichts; die Geister bewiesen ihre Gegenwart durch ihre Unsichtbarkeit. Banikoro mochte dem Beginn der Beobachtungen bei.

Aber er hatte solche Furcht, daß er — ehe die Geister noch einen Laut ließen — verschwand. Er war niemals in dem Augenblick anwesend, wo die übernatürliche Stimme hörbar wurde.

Was nun? Sollte man wirklich, wie das angezeigt erschien, den Besitzer eines solchen Hauses niedermecheln?

Die Meinungen der Weisen waren geteilt. Man wandte sich mit Anfragen an die anderen Inseln des Archipels: nach Tohoci, welches an manchen Tagen bebzt und raucht wie der Rand eines Topfes, in dem es tocht; nach Bannia, wo die Köpfe der Häuptlinge in den Körpern getrockneter Haifische aufbewahrt werden, nach Kiofi, dessen Bewohner als allzustarte Raucher kaum genießbar sind. Keine befriedigende Antwort traf ein.

Da beschloß Sagu, sich seines Hauses — selbst um den Preis eines Opfers — zu entledigen. Er schenkte eine Frau und verzichtete auf den ihm vielleicht zufallenden Teil des Missionars und bestimmte Banikoro, der Besitzer des Hauses zu werden.

Und seit diesem Tage enthielten sich die Geister jeglicher Manifestation!

Da begann Sagu seltsam nachdenklich zu werden. Gewisse, Banikoro entschlupfte Worte überraschten ihn. Er dachte angestrengt nach. Manchmal hielt er mitten im Gehen inne und suchte irgendwas zu begreifen. Er murmelte beständige Drohungen. Eines Tages triff er sein Auge zulammten; er suchte den König auf.

„Ich hörte die Geister wieder übel Böhm in Banikoros Hause verursachen“, erklärte er. „Banikoro muß entschieden getötet werden, damit sie schweigen.“

Im Prinzip war der König einverstanden; aber man mußte sich völlige Klarheit verschaffen. Sagu rief die Einwohner zusammen und veranlaßte sie, in der Nacht zu dem Hause am Strande zu gehen. Sie warteten im Halbkreis. In der ersten Reihe stand Banikoro, laut lachend im Gefühl stolzer Sicherheit.

Aber das Haus sprach.

Was tat das Banikoro? Er lachte, so wild er konnte, schwang seine Ebenholzkeule, intrang aus der vor Entsetzen gelähmten Gruppe und stürzte, während das Haus rebete, hinein.

Das Haus stieß einen Schrei aus; dann schmie es. Banikoro kam sofort wieder heraus und hielt den Kopf Sagus in erhobener Hand.

„Er war es, der die Geister beleidigte, indem er an ihr Dasein glauben machte“, rief er.

„Er wird gegessen“, sagte der König, dessen Justiz ebenso summartisch wie logisch war.

Und er hatte recht. Im sozialen Leben kommt es nicht so sehr, darauf an, gute Ideen zu haben, als sie im günstigsten Moment zu verwirklichen. Er hatte recht. Er war ein großer König.

(Wiederholte Übersetzung von Joh. Kaudt.)

Welche Gemüse aßen die ältesten Menschen? Ueber dieses Thema hielt Dr. Karl Boshaupt in der Bayerischen Gartenwissenschaft-Gesellschaft in München einen Vortrag. Die Kulturgeschichte unserer Gemüsepflanzen reicht sehr weit, vielleicht bis an die Wiege der Menschheit zurück. Die älteste angepflanzte Gemüsesart ist die Erbse, die in Funden aus der jüngeren Steinzeit nachgewiesen ist. Es handelt sich hierbei um die sogenannte Puffererbse, die man auch 4000 Jahre v. Chr. in Oberitalien als Volksernährungsmittel festgestellt hat. Heute ist an ihre Stelle die südamerikanische Stangenerbse getreten. Die Erbse ist auch in ägyptischen Gräbern im dritten Jahrtausend v. Chr. gefunden worden. Die alten Griechen und Römer hatten die Kulturen auf bedeutende Höhe gebracht. Ihre Sklaven mußten sie als Futtermittel anpflanzen. In Deutschland taucht die Rübe aber sonderbarerweise erst im Mittelalter auf. Der Kohl war in der hellenistischen Zeit bereits bekannt. Die Römer pflanzten ihn in Oberitalien an, da er dort am besten gedieh. Daß die Perferkönige Salat liebten und schätzten, und daß Rombyles gern Gurken aß, wissen wir aus der uns überlieferten Literatur der damaligen Zeit. Die Gurke war übrigens schon 3000 Jahre v. Chr. in Indien bekannt, von wo sie nach Persien und Ägypten gelangte.

„Wunde Punkte“ am menschlichen Körper. Welches ist die verwundbarste Stelle des Körpers, sozulagen unsere Achillesferse? Die Wissenschaft hat diese gefährliche Stelle natürlich längst festgestellt, aber es ist darüber verhältnismäßig wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Das Ju-Jitsu, die bekannte japanische Methode der Körpererhaltung und Kampffertigkeit im Angriff und in der Verteidigung, hat sich diese Kenntnis längst zunutze und zur Grundlage des Systems gemacht. Danach ist eine der empfindlichsten Stellen des menschlichen Körpers der Adamsapfel: ein Druck mit beiden Daumen an diese Stelle verursacht unerträgliche Schmerzen, und ein Schlag kann hier so verhängnisvoll sein, daß er dauernd die Sprachfähigkeit behindert und die Atmung und das Raufen erschwert. Ein Druck auf die schmalen Höhlen hinter den Ohren und den hinteren Backenknochen ist ebenfalls außerordentlich schmerzhaft, da dieser Druck auf bestimmte Nervenstränge wirkt. Ein Schlag mit dem Handrücken gegen die Schläfe oder gegen die Ohren kann sogar einen Schädelbruch oder eine Gehirnerschütterung herbeiführen. Auch Schläge auf den Rückenwirbel ober die Rippenbögen vermögen den Tod herbeizuführen durch die Zertrümmerung der oberen Rückenwirbel. Auch die Basis der Nase und insbesondere das „Septum“, der Verbindungsteil zwischen den Nasenhöhnen, gehört zu den „wunden Punkten“ des Körpers. Ein fester Druck auf das Bein, etwa eine Handbreit über dem Knie, oder an dem Unterarm in gleicher Entfernung vom Ellbogen, ist sehr schmerzhaft, weil dadurch ein Nervenstrang gegen die Knochen gedrückt wird. Das gleiche gilt von einem Schlag auf den Ellbogen, den sogenannten Musfantenknochen. Auch hier wird ein Nerv in Mitleidenschaft gezogen, der den Unterarm kontrolliert, und dessen Druck neben großen Schmerzen völlige Hilflosigkeit herbeiführt.



Klaren Kopf

möchten Sie gern haben, wenn Sie nach einer „fidelien Nacht“ unausgeschlafen an die Arbeit gehen müssen. Nichts leichter als das! Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlen-saure „Boeson-Getränk“! Selbst nach einer sehr bewegten Nacht werden Sie dann stets frisch und munter sein. Darum kaufen Sie sich

Boeson-Fruchtsalz

den Reiter und Rater für leiblichen Kater.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 95. Fernsprecher: Hosenbeide 5722 u. 5723.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus
6 1/2 Uhr: Lohengrin
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Tiefenland
Schauspielhaus
8 Uhr: Duell am Lido
Schiller-Theater
8: Nathan der Weise

Städtische Oper
Charlottenburg
6 1/2 Uhr
Meisterlieder von Nürnberg
(Lotte Lehmann)
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
8 Uhr:
Juarez und Maximilian
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Josephine
Die Komödie
Karlsruhendam 206/7
7 Uhr
Zum 1. Male:
Viktorja
Sonnab. u. Sonntag
11.15 Uhr
Nachvorstellung
Wasi und Akki
oder:
Die Frau mit den
zwei Ehemännern
Preise 3 und 5 M.

Rose-Theater
9 1/2 Uhr: Die vier
schlaumeler

Großes Schauspielhaus
Für Dich
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

8 Uhr: Trianon-Th.
Zentr. 2391
Berlin lacht
von 8 bis 12
Die Revue
der Einakter

SCALA
8 Uhr:
Ratoucheff's
Puppenladen
und weitere
10 Künstlertruppen
von Weltraf
Sonntags 3⁰⁰ zu er-
mäßigten Preisen
das volle Progr.

8 Uhr: Neues Th. am Zoo
Altabend: 8 Uhr:
Guido
Thielscher
Stöpsel
Einspiel: Partell-1 M.
Part.-Fest: 3-4 M. Orban-
Fest: 5 M. Sauer 6 M.
Vorverkauf ausverkauft

8 Uhr: Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel
u. die Liebe
Operette
von Gilbert
0,50 bis 10 Mk.
Friedenspreise

8 Uhr: Residenz-Theat.
8: Foppke, d. Egoist
Rommer, Sabo
Limburg

8 Uhr: Thalia-Theater
8: D. alte Dessauer
Charl. Vegetarian
Werkmeister

Th. d. Kommandantenstr.
Zum 50. Male
8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
Wesely, Dora, Kausch

8 Uhr: Circus Müllerstr. 146
WILH.
HAGENBECK
Täglich 8 Uhr abends
Das große Weltstadt-Programm.
Preise von 50 Pf. bis 4.50 M.
Vorverkauf: Wertheim und Circuskasse
TIERSCHAU 10-5 - HOLZBAU - DAMPFHEIZUNG.

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel: Salten-
burgs Bühnen
D. fröhliche
Weinberg

Kleines Th.
8 1/2 Uhr:
Ein Spiel
von
Tod u. Liebe
v. Romain Rolland

Neues Th. am Zoo
Altabend: 8 Uhr:
Guido
Thielscher
Stöpsel
Einspiel: Partell-1 M.
Part.-Fest: 3-4 M. Orban-
Fest: 5 M. Sauer 6 M.
Vorverkauf ausverkauft

Jedem schmeckt

FEINKOST-MARGARINE

Blauband

FRISCH GEKIRNT

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Komische Oper Dir. James Klein
Heute Premiere 8 Uhr:
Berlin ohne Hemd
Die Revue der Zukunft in 16 Bildern von Carl Breischneider
unter Verwendung versch. dener
Bilder aus der Revue von A-Z
Preise von 1.- bis 7.50 Mark • Vorverkauf

Also heute
7 und 9 Uhr
die
Harold-Lloyd
Premiere
„Mädchenscheu“
im
Ufa-Palast am Zoo

Vorverkauf ab 11 Uhr / Freikarten ungültig
Ab morgen:
Wochentags: 5, 7, 9 Uhr / Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

UFA

REEMTSMA
SASCHA
5 Pfg.

Wir möchten angelegentlichst empfehlen, diese Sorte einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, um die Eignung für den persönlichen Bedarf festzustellen.

Diese Cigaretten sind extrem milde und duftig

und deshalb ganz besonders für ununterbrochenes Rauchen (sogenanntes Kettenrauchen) geeignet. Wir sind überzeugt, daß die neue Mischung einem seit lange bestehenden Bedürfnis vieler geschmacklich anspruchsvoller starker Raucher entsprechen wird, da eine derartig ausgeglichene Cigarette bisher noch niemals geboten werden konnte.

CIGARETTENFABRIKEN
REEMTSMA
AKTIENGESELLSCHAFT

Sarnowsky-Bühnen
Theater
Königsgrätz-Str.
Tel. Hasenheide 2114
8 Uhr:
Einen Jux will er sich machen
Komödienhaus
Tel. Norden 6304
8 Uhr:
Der Garten Eden
Die Tribüne
Tel. Wilhelm 6365
8 Uhr:
Die neuen Herren

Walhalla-
Th. - Weidenweg
8 1/2 Uhr:
Die kleinen
Vagabunden
Kostliche szenische
Sonnab. nachm. 4 U.
Königin Luise
Sonntagnachm. 4 U.
Tischl. deck' dich!

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Lempke's
sel. Witwe
Musik v. Dr. R. Hirsch
Folienbilder Preis 1-4 M.
Im Vorverkauf Theaterkasse
Sole Block Werth 20 1/2 Zentr.

Deutsches
Künstl.-Theater
8 Uhr:
Paganini
Th. a. Karlsruhendam
8 1/2 Uhr:
Die Nacht
der Nächte
Lustspielhaus
8 Uhr:
Die rote Cleo
Wallner-Theater
8 Uhr:
Holportage

Central-Theater
8 Uhr:
Eva Bonheur

Berlin r Theater
8 Uhr:
Messalinette

Th. a. Hollendorpl.
8 Uhr:
Die offizielle
Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 8 M.

Casino-Theater
8 Uhr:
Trotz d. gr. Erfolges
Letzter Monat!
Helene
Liebesabenteuer
Das ist sein Programm
Angst: Fred Singer

Th. in d. Klostersir.
Sonnab. u. Stg. 8 U.:
Johannistee

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr
No no Nanette

Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr
Kaller-Revue
achtung!
Welle 505
30. Woche
Letzter Monat
Sonnab. Vorst.
3 Uhr nach-
mittags und
8 1/2 Uhr abds

Volksbühne
8 Uhr:
Judith
Morgen
3: Der Kaufmann
von Venedig
8 Uhr: Sturmflut

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der Tausch
Morgen 8 Uhr:
Der Tausch

Am Mittwoch früh 6.40 Uhr entlich
aus der Tod meine treue Frau und
unser Mutter **Johanna Vetter** im
Alter von 68 Jahren. Am Kassen der
stauernden Hinterbliebenen (100000)
Wilhelm Vetter u. Kinder.
Erbföherung Montag, den 8. d. M.,
nachm. 1 1/2 Uhr im Strematorium
Baumfahnenweg, Niehölzer 221.
Stempelchen verbieten

WINTER @ GARTEN
Los 3 Codonas
Hochturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungs-
reichen Varieté Spielplans.
Sonntag nachm. 3 1/2 U. halbe Preise
Kauchen gestattet!

Circus
Busch
7 1/2 Uhr:
Letzte Vorstellung
mit dem Wapiti Schweiß
Die Gorillabaut
Vorher d. sein Programm u. z.
Das Herkules in der Luft
3 Schwest. Oglos
Der nach. Aufbruch
Martini Szeny

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 8 Sonntag
5 Uhr Der neue Schlager 3 Uhr
„Berliner Luft“
(Werbekalterschütternde Situationen)
Dazu das lustige Belveder.

Toiletteseife Pfund 75 Pfg.

1 x Wap. Verbandwatte 1 x Kilo 3 Mk.
Fieber-Thermometer, geprüft, 1 Mk.
Toilette-Papier, 10 Rollen 70 Pfg.
1 x Krepp, 10 Rollen 1.40 Mk. Butter-
brot-Papier, fettlos, Paket 15 Pfg.
Zahnpasta, gr. Tube 20 Pfg. Haut-
creme 100.20 Pfg. Taschentücher
mit 2 Spiegeln, Puder u. Quaste 50 Pfg.
Eau de Cologne, gr. Flasche 25 Pfg.
Kopfwasser 30 u. 50 Pfg. sowie viele
andere Artikel unter Preis.
Markgrafenstr. 84, a. d. Lindenstr. Laden

Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Der letzte Postillon
Ruhm. halbe Preise. Jedes Programm

Dönhoff-Brett!
10 Nummern!
Tanz und Urlickeit!

Lebenslängliche Garantie

leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe
zu billigsten Preisen
in den edelsten Ausführungen
= 50- bis ca. 100-0 St. auf Lager =

Hermann Wiese, Berlin W 24, Artilleriestr. 30
W. Fasaner Straße 12